

PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom
Buchhandel, von der Post und

Berlin, den 9. April 1919.

direkt vom Verlage
für 8.— Mk. vierteljährlich,
Mk. 30.— für das Jahr.

Steuergroteske.

Wenn eine Preisaufgabe ausgeschrieben worden wäre, auf welche Weise sich die deutschen Finanzen nach dem Kriege am schlechtesten regulieren ließen, so würde eine Lösung von der Art des jetzt der Nationalversammlung vorgelegten Kapitalrentensteuergesetzentwurfes zweifellos auch von den strengsten Preisrichtern den ersten Preis erhalten haben. Er ist ebenso willkürlich wie unorganisch und dilettantisch. Sogar in den verrufenen Zeiten der alten Steuerflücherei vor dem Kriege wäre ein solcher Entwurf vollkommen unmöglich gewesen. Vom alten Reichstag würde ein Schatzsekretär, der es gewagt hätte, ein derart unfertiges und undurchdachtes Gesetz dem Hause einzureichen, durch das Gelächter der Abgeordneten sämtlicher Parteien zur Flucht in die Pension veranlaßt worden sein. Und nun wird der deutschen Nationalversammlung nach einer sozialen Revolution und von einem demokratischen Minister, der durchaus kein Tor ist, sondern unbeschadet des Umstandes, daß man ihn nicht als Steuerfachmann ansehen kann, in finanziellen Dingen sich stets ein klares Urteil bewahrt hat, dieses Monstrum unüberlegter Gesetzesmacherei zur Annahme empfohlen.

Für das Unorganische des Gesetzes darf man den Reichsschatzminister nicht allein verantwortlich machen. Allerdings ist er nicht ohne Schuld. Denn einer, der die schwere Aufgabe hat, 19 Milliarden (so viel sind es nach seiner eigenen Aufstellung) im Jahre für das Reich herauszuwirtschaften, muß sich darüber klar sein, daß das nur auf Grund eines großangelegten Finanzprogramms möglich ist. Ein solches Programm muß im Prinzip alle Steuern umfassen und muß zu allen Problemen der neuen Reichsfinanzwirtschaft Stellung nehmen. Es

muß das Nebeneinander von direkten und indirekten Steuern, die Aufteilung der Steuern zwischen dem Reich und seinen Untergliedern, die Finanzbeteiligungen der Kommunen, die Form der indirekten Besteuerung und ihr Verhältnis zu neuen Monopolen kräftig und originell anpacken. Ein solches Steuerprogramm ist nicht bloß finanzieller, sondern auch allgemein politischer Natur. Aber gerade deshalb müßte der Finanzminister dafür sorgen, dem Reichskabinett ein solches Programm vorzulegen und von ihm verlangen, daß es dazu Stellung nimmt. Und ein Finanzminister, der glaubt, daß seine Kollegen aus politischen Gründen sich mit seinem Finanzprogramm nicht einverstanden erklären können, der muß entweder aus dem Kabinett ausscheiden oder das Land zum Schiedsrichter zwischen sich und den übrigen Ministern aufrufen. Denn der Reichsfinanzminister muß heute der wirkliche Ministerpräsident sein, weil das Schicksal der deutschen Reichsfinanzen mit dem Schicksal des Deutschen Reiches und seiner Staatsform auf das engste verknüpft ist.

Aber wo sind denn in unserer Regierung die Staatsmänner? Dasselbe Schleifenlassen der Zügel, dieselbe Ideenlosigkeit, die vor dem Kriege und während des Krieges geherrscht haben, kennzeichnen auch die deutsche Politik während der Revolution. Nach wie vor stellt niemand die Kabinettsfrage, streitet niemand über Ideen, kein Minister findet sich in seinem Gewissen beengt, wenn nur alles hübsch nach der Partei-schablone zugeht. Und so wird denn auch genau wie früher weiter nach neuen Steuern gesucht, durch die keine Prinzipienfragen aufgerollt werden. Motto: Es wird sich schon zusammenlappern. Aber neunzehn Milliarden lappern sich nicht zu-

sammen. Und selbst wenn es gelingen sollte, auf dem Papier anderthalb Duzend Steuern zu finden, bei denen sich ein Gesamttertrag von neunzehn Milliarden zusammenrechnen läßt, dann werden sie in der Praxis nichts bringen, weil es der Finanzkunst deutscher Staatsmänner vorher gelungen sein wird, die deutsche Wirtschaft vollkommen abzudrosseln oder in Trümmer zu schlagen.

Daß man gerade mit einer Kapitalrentensteuer als erstes Gesetzgebungswerk die sogenannte Finanzreform anfängt, hat seine guten Gründe. Es sollte gezeigt werden, daß die Regierung keine Schützerin kapitalistischer Interessen ist, sondern den ernststen Willen hat, den Reichen einen gehörigen Teil der Kriegskosten aufzuhalsen. Das ist gewiß lobenswert, und es gibt keinen einzigen Menschen in Deutschland, der das nicht für vollkommen selbstverständlich hält. Und als noch selbstverständlicher ist es wohl bisher allgemein angesehen worden, daß das Einkommen aus Kapitalrenten schärfer angefaßt werden müßte, als die Einkommen aus anderen Quellen. Deshalb wurde auch hier im Plutus immer als Mittelstück der großen Finanzreformgesetzgebung ein Reichseinkommensteuergesetz gefordert, das die Einkommen aus den verschiedenen Quellen verschieden behandelt. Dieses Einkommensteuergesetz müßte ungefähr so aussehen: Alle Einkommen unterliegen einer einheitlichen Steuer, die progressiv nach der Höhe der Einkommen gestaffelt ist. Zu diesen Grundsteuersätzen werden Zuschläge erhoben, die je nach der Herkunftsquelle der Einkommen verschieden hoch sein werden. Der niedrigste Zuschlag wird auf das Einkommen aus Arbeits- und Dienstvertrag, der höchste Zuschlag auf das Einkommen aus Kapitalrente gelegt. Wie ich mir die Ausgestaltung dieser Einkommensteuer im einzelnen denke, werde ich demnächst in der Fortführung meiner Aufsatzreihe über „Deutsche Finanzreform“ auseinandersetzen. Hier genügt vorläufig die obige Andeutung. Denn aus ihr geht schon hervor, daß eine solche einheitliche Einkommensteuer auf einfachstem Wege den alten Streit um die direkten Steuern zwischen Reich und Bundesstaaten dadurch aus der Welt schaffen könnte, daß beide beteiligt werden und daß weder die Grundsteuer oder die Zuschläge den Bundesstaaten zugute kommen könnten. Im Rahmen dieses allgemeinen Einkommensteuergesetzes wäre denn auch der Platz für die Kapitalertragssteuer. Hier wäre sie organisch dem gesamten neuen Steuerbau eingegliedert. Und erst durch diese Eingliederung wäre auch die Möglich-

keit gegeben, sie wirklich systematisch und gerecht auszugestalten.

Nun würde ja gar nichts dagegen einzuwenden gewesen sein, wenn die Regierung es für gut befunden hätte, aus agitatorischen Gründen ein Stück aus diesem Gesamtbau vorweg zu nehmen, und die Kapitalrentensteuern schon jetzt an die Nationalversammlung zu bringen. Aber Voraussetzung dafür war natürlich, daß die Generalidee bereits vorhanden war, so daß nach ihrer Ausführung das passende Teilchen der Kapitalrentensteuer einfach eingefügt zu werden brauchte. Das war nun freilich, wie die Dinge bei uns jetzt liegen, sehr schwierig, denn die Reichsregierung hat sich nicht getraut, die Idee der Reichseinheit großzügig und einheitlich durchzuführen. Sie hat die großdeutsche Flagge in Weimar schon auf die bloße Drohung der Partikularisten hin, gestrichen. Und es ist deshalb auch sehr unwahrscheinlich, daß die Partikularisten ihr gestatten werden, eine über das ganze Reich sich dehnende Einkommenbesteuerung einzuführen. Immerhin aber hätte ein von der Idee der Einheit erfüllter Finanzminister seine Kapitalrentensteuer so geformt, daß er sie später dem Neubau hätte einfügen können, wenn es doch einmal gelang, so etwas wie eine großzügige Reichseinkommensteuer zu schaffen. Das wäre keine nutzlose Arbeit gewesen. Denn es gehört sehr wenig Prophetengabe dazu, schon jetzt vorauszusagen, daß binnen weniger Monate die gesamte jetzige Finanzwirtschaft des Reiches heillos verkracht sein wird. Und unter ihren Trümmern wird sie sämtliche Reichsminister begraben. Dann wird man vielleicht endlich daran gehen, oder vielmehr dann muß man daran gehen, weil kein anderer Ausweg mehr bleibt, die deutsche Finanzwirtschaft nach den Richtlinien neu auszubauen, die ich hier mehrfach schon abgesteckt habe. Dann würde der Reichsfinanzminister, der den Mut gehabt hätte, der Reichseinkommensteuer vorzuarbeiten, als einziger Ueberlebender für seine bis dahin geleistete Teilarbeit passende Verwendung finden.

Den Mut hat der Reichsfinanzminister Schiffer nicht gehabt. Sein Entwurf eines Kapitalertragssteuergesetzes geht überhaupt nicht von der Einkommensteuer aus, wendet sich nicht einmal an die Einkommenbezieher, sondern zieht von jeder Leistung (auf Kapitalzins einen einheitlichen Betrag von 10 Prozent ab, den der Schuldner in der Mehrzahl der Fälle für Rechnung des Staates gleich einzubehalten hat. Einen Vorteil erreicht er dadurch: Er hat sich

ganz unabhängig von der Einschätzung des Rentenempfängers gemacht und kann nur noch dann beschwindelt werden, wenn Schuldner und Gläubiger unter einer Decke stecken, was bei großen Beträgen für den Schuldner recht einträglich sein würde. Ob dieses einträglich Geschäft nicht in zahlreichen Fällen gemacht werden wird, bleibt erst abzuwarten, zumal der Gläubiger nicht die Erpressung des mitwissenden Schuldners zu befürchten hat, weil dieser mindestens als Mitthelfer am Betrug gleichfalls strafbar wird. Aber auf diese feine Nuance der Erhebungsvereinfachung scheinen die Väter des Entwurfes so stolz gewesen zu sein, daß sie alles andere übersehen haben, was er an Nachteilen birgt. Zunächst ist es ja doch schon eine ganz absurde Idee, alle Kapitalerträge, unbeschadet ihrer Höhe, mit dem gleichen Steuersatz zu belegen. Denn wenn irgendwo die Differenzierung geradezu gebieterisch notwendig ist, so doch bei der Besteuerung von Kapitalerträgen. Jedoch eine Kapitalbesteuerung, die die einzelne Schuldentrichtung zum steuerbaren Akt macht, gibt ja natürlich jede Möglichkeit einer Staffelung nach der Höhe aus der Hand. Denn die Höhe der Schuldleistung besagt nichts für die Höhe der Gesamteinnahmen des Gläubigers. Wollte man hier staffeln, so käme man dazu, denjenigen mehr zu besteuern, dessen ganzes Vermögen in einer einzigen Hypothek von 100 000 M. besteht, als den, der zehn Millionen Effektenbesitz in Abschnitten von je 10 000 M. verschiedener Wertpapiere sein eigen nennt.

Doch selbst die Differenzierungsmöglichkeiten hat man nicht einmal wahrgenommen, die bei dieser dilettantischen Form der Steuer noch geblieben waren. Man hat die Kriegsanleihen nicht geschützt, man hat die Staatsrenten nicht weniger besteuert als alle möglichen ausländischen Papiere, man hat die kaufmännischen Buchforderungen nicht von den Wertpapieren unterschieden, kurzum, man hat eine Gleichmacherei betrieben, wie man sie nicht für möglich halten sollte, wenn man den Steuergesetzentwurf nicht schwarz auf weiß vor sich hätte.

Ich will gar nicht so weit gehen, wie einzelne Kritiker des Entwurfes es getan haben, die in der geplanten Abgabe, soweit sie die Kriegsanleihen betrifft, einen teilweisen Staatsbankrott sehen. Das Recht des Staates, von seinen Bürgern Steuern zu erheben, kann, auch wenn es in der dümmsten Form ausgeübt wird, niemals als Staatsbankrott gedeutet werden. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob es sich hier nicht

um einen ganz offenen Bruch des Versprechens handelt, das den Zeichnern der Kriegsanleihe abgegeben wurde. Dieses Versprechen besagte, daß keinerlei Konversion der Anleihe vor den vereinbarten Terminen vorgenommen werden sollte. Wenn man sich auf den rein formalistischen Standpunkt stellte, so ist die Konversion der Anleihe immer ein Spezialakt. Und hier werden nicht nur die Kriegsanleihen, nicht nur die übrigen deutschen Anleihen, sondern überhaupt alle Zinserträge im Reich um 10% gekürzt werden. Aber deshalb bleibt doch einmal die Tatsache der Kürzung für die Kriegsanleihe bestehen, die man sehr mit dem Fremdwort Konversion bezeichnen kann. Und der Umstand, daß man gleichzeitig alle anderen Anleihen konvertiert, schafft doch die Konversion der Kriegsanleihe nicht aus der Welt. Man kann auch nicht sagen, daß es ja gleichgültig sei, ob der Kapitalist von seinem Gesamteinkommen an Kapital nach gebührender Einschätzung 10% abgibt, oder ob man ihm schon vorher, vor der Auszahlung seines Einkommens, den Betrag einbehält. Das ist schon deshalb nicht egal, weil jemand, der zu geschäftlichen Zwecken eine bestimmte Summe von Effekten lombardiert hat, unter denen sich auch Kriegsanleihe befindet, bei der Einschätzung überhaupt keine Kapitalertragssteuer zu zahlen hätte, weil er Schulden und kein Vermögen hat, während jetzt von der Kriegsanleihe der Zinsfuß gekürzt und dadurch die Last auf seinen Schultern erhöht wird. Es kommt eben im wesentlichen darauf an, daß der Staat, der feierlich versprochen hat, 5% Zinsen zu zahlen, nur 4½% auszahlt. Daß das Reich hier keinen Treubruch beabsichtigt hat steht fest. Aber zum erstenmal seit dem Bestand des Reiches ist hier eine Bresche in das felsenfeste Vertrauen gelegt worden, das bisher jeder Gläubiger Deutschlands in die Versprechungen der Reichsverwaltung setzte.

So hoch wie man jedoch auch immer diesen moralischen Schaden schätzen mag, er wird noch überboten durch die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Steuer. Diese Wirkungen gründen sich auf ihre leichte Abwälzbarkeit. Es gibt ja Steuertheoretiker, die behaupten, es gäbe überhaupt keine unabwälzbare Steuer. Und letzten Endes sei jede direkte Steuer eine indirekte. Zugegeben, daß diese etwas kühn erscheinende Theorie im Grunde genommen sogar richtig ist, so dürfte es jedenfalls in der Steuergeschichte aller Staaten etwas ganz Neues sein, daß der Gesetzgeber bei einer Steuer, die er selbst min

destens doch im höchsten Maß als eine direkte betrachtet wissen will, dem Steuerzahler die fertige Gebrauchsanweisung für die Abwälzung liefert. Dadurch, daß der Schuldner zahlt, und mithin der Prozentsatz, der von allen Zinsen in Abzug kommt, gleichbleibt, braucht der Gläubiger, um in Zukunft denselben Betrag wie früher abgeliefert zu bekommen, nur den Zinsfuß d. h. die Zahlungsverpflichtung für die Gläubiger entsprechend — also etwa um 10% — zu erhöhen. Ins Volkswirtschaftliche übertragen, bedeutet das die Erhöhung des Zinsfußes durch das ganze Land, mithin eine Ummwälzung aller Werte.

Nun wird sich diese Ummwälzung natürlich erst allmählich vollziehen. Denn die Gläubiger, die Zinsen auf Grund langfristiger Schuldverschreibungen bekommen, müssen für die Veränderung den Kündigungstermin abwarten. Es unterliegt auch wohl gar keinem Zweifel, daß alle Gläubiger, soweit sie es können, von der Abwälzung Gebrauch machen. Aber hier zeigt sich eine neue Ungleichartigkeit des famosen Entwurfes. Während der Hypothekengläubiger, der Buchgläubiger, der Wechselgläubiger sich schadlos halten kann, kann der Besitzer von Wertpapieren das nicht: Der neue Käufer, der faktisch im Zinsfuß herabgesetzten Wertpapiere wird sie, weil er die alte Rentabilität fordert, nur entsprechend billiger kaufen. Der Besitzer von Wertpapieren hat daher eins noch als sichere Zugabe zur Verringerung seines Einkommens aus dem Wertpapier: den Kursverlust. Und darin liegt, gerade für den Besitzer von deutschen Kriegsanleihen, eine unerhörte neue Benachteiligung. Eine Benachteiligung, die er niemals zu erdulden haben würde, wenn er im Rahmen einer Gesamteinkommensteuer sein volles Einkommen aus Kapitalertrag gesondert zu versteuern hätte. Diese eine Konsequenz des Gesetzes sollte allein schon die ganze Steuer unannehmbar machen.

Aber es gibt noch andere ganz ungeheuerliche Konsequenzen des Entwurfes. Er läßt die Bankinstitute von der Steuer frei. Das ist an sich richtig. Aber zu den freigelassenen Instituten gehören auch die Hypothekenbanken. Die Folge davon ist, daß ein Schuldner, der einer Versicherungsgesellschaft oder einem Privatmann für eine Hypothek Zinsen schuldet, einen entsprechenden Steuerbetrag abziehen muß, während er das bei Zinszahlungen an eine Hypothekenbank nicht zu tun braucht. Dadurch werden die Hypothekenbanken privilegiert. Ent-

weder erhöhen sie mit der allgemeinen Markkonjunktur in Zukunft ihren Zinsfuß, dann bleibt ihnen die Wahl, ob sie höhere Dividenden verteilen oder ob sie ihren Pfandbriefumlauf dadurch vermehren wollen, daß sie die Pfandbriefe mit höheren Zinsen ausstatten. Im ersten Fall handelt es sich um eine Bevorzugung der Hypothekenbankaktionäre, im letzten Fall wird eine gerade jetzt besonders empfindliche Konkurrenz für Staatsanleihen und namentlich für Kommunalanleihen geschaffen, die entweder die Geldbeschaffung der Kommunen erschwert oder sie zwingt, ihre Lasten zu erhöhen. Aber die Hypothekenbanken können auch den Weg wählen, ihren Zinsfuß nicht zu erhöhen und dadurch gegenüber der Privatbeleihung konkurrenzfähiger zu bleiben. Auf alle Fälle bedeutet mithin sowohl die Möglichkeit der Erhöhung des Pfandbriefzinsfußes als auch die Möglichkeit einer Unterbietung bei Beleihungen durch die Hypothekenbanken eine außerordentliche Gefahr für die Entwicklung der städtischen Bodenpreise und der Mieten (die ja auch in der allgemeinen Erhöhung des Hypothekenzinsfußes liegen würde). Wir haben also hier das merkwürdige Beispiel, daß eine zum großen Teil von Sozialdemokraten besetzte Regierung finanzielle Maßnahmen trifft, die ungefähr das Gegenteil von sozialistischer Bodenpolitik bedeuten. In meinem Aufsatz Hypothekensozialisierung (Blutus S. 83) habe ich bereits die wesentlichen Gründe, die für eine Kommunalisierung der Hypothekenbanken sprechen, auseinandergesetzt. Diese Gründe sind jetzt noch erheblich dringender geworden, seitdem die Gefahren des neuen Steuergesetzes drohen.

Ein recht interessantes Problem wirft das Gesetz dadurch auf, daß es den ausländischen Gläubiger grundsätzlich von der Steuer frei läßt. Es soll dadurch der ausländische Kapitalzufluß gefördert werden. Ob diese Wirkung eintritt und wie das auf die deutschen Geldsätze zurückwirkt, bleibt vorläufig abzuwarten. Doch selbst wenn hier eine gewisse günstige Wirkung entstehen sollte, so kann diese niemals die sonstigen schlechten Wirkungen des Gesetzes aufheben. Die stärkste Verurteilung dieses Entwurfes bedeutet es, daß keine Kritik, die in deutschen Zeitungen erschienen ist, ihn verteidigt. Es ist auch ein so dilettantisches Machwerk, daß es so schnell wie möglich von der Nationalversammlung beigelegt zu werden verdient.

Gelsenkirchen, Deutschland und Europa.

Von Fritz Naphthal-Berlin.

Am 24. April findet eine Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft statt mit der Tagesordnung: „Ermächtigung des Vorstandes zur Veräußerung des linksrheinischen Bergwerks- und Hüttenbesitzes.“ Die Frage, die hier den Gelsenkirchen-Aktionären unterbreitet wird, entscheidet nicht nur über das Schicksal des größten deutschen Montantrust, sondern sie berührt auch einen Komplex von wirtschaftspolitischen Problemen, der die ganze deutsche Öffentlichkeit angeht. Nach den Meldungen der Zeitungen und nach dem Einblick, den man aus Verhandlungen in der Luxemburgischen Kammer gewonnen hat, beabsichtigt die Direktion der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft ihren gesamten linksrheinischen Besitz in Luxemburg, Lothringen und in der Rheinprovinz an ein französisch-luxemburgisch-belgisches Finanzkonsortium zu verkaufen. Hinter dem Konsortium sollen als Käufer die Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Wüdelingen stehen, aber auch die Schneider-Creusot-Werke, der französische Krupp, sind als Interessenten genannt worden. Um die Bedeutung der geplanten Loslösung zu würdigen, muß man einen Blick auf die Entwicklung der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft werfen, die zugleich ein wichtiges Kapitel aus der Geschichte der deutschen Montanindustrie darstellt.

Gelsenkirchen war ursprünglich ein Unternehmen der Steinkohlenerzeugung. In verhältnismäßig begrenztem Umfang wurde die Entwicklung zum gemischten Werk, der Uebergang zur Eisenindustrie durch die Errichtung von Hochofen in Gelsenkirchen und Duisburg bewirkt. Der entscheidende Schritt zur großen Eisen- und Stahlerzeugung und Verarbeitung wurde aber im Jahre 1907 durch die Fusion mit dem Aachener Hüttenverein vollzogen. Diese Fusion bedeutete produktionstechnisch die Verbindung zwischen der rechtsrheinischen Kohlenbasis mit der lothringisch-luxemburgischen Erzbasis, über die der Aachener Hüttenverein in enger Verbindung mit seinen Hochofen in Esch und Deutsch-Oth neben den Stahl- und Walzwerksanlagen in Rothe Erde und der Drahtfabrik in Eschweiler verfügte. In den Jahren nach der Fusion erweiterte Gelsenkirchen noch den Besitz an Erzfeldern in Luxemburg-Lothringen und beteiligte sich mit französischem Kapital gemeinsam an der Ausbeutung von Erzkonzeffionen im Minettegebiet Frankreichs. 1909 bis 1912 wurden die Hüttenwerke, Stahlwerke und Walzwerke in Esch großzügig ausgebaut. Die Adolf-Emil-Hütte wurde die modernste, technisch vollkommenste Stätte der Eisenerzeugung. Man verlegte durch diesen Ausbau das Schwergewicht der Eisenerzeugung aus der Gegend der Kohlenbasis mehr in die Gegend der Erzbasis. Diese Verschiebung beruht wesentlich auf der Ersparnis an Frachten. Für die Erzeugung einer Tonne Eisen werden etwa zwei Tonnen Erz und eine Tonne Koks verbraucht. Die Beschickung der luxemburgischen Werke mit Ruhrkohle ist deshalb vorteilhafter als die Beschickung westfälischer Werke mit

luxemburgischem Erz. Dieser Reiz siegte über die Hemmungen, die politisch und verkehrstechnisch durch den Standort in Luxemburg zu überwinden waren. Im Jahre 1916 machte die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. durch die Aufnahme der Hüttenener Gewerkschaft und der Düsseldorfer Röhrenindustrie einen weiteren Schritt im Ausbau zum hochentwickelten Trust, von der Erzeugung von Roh- und Halbfabrikaten wurde der Uebergang zur Herstellung von Fertigerzeugnissen vollzogen. Den neuen Betrieben sollte der Zusammenhang mit der großen Eisen- und Stahlerzeugung auf dem linken Rheinufer besonders zugute kommen. Die Feinblechwalzwerke in Hüsten und Bruchhausen sollten Stückbleche von Rothe Erde und Thomas-Platinen von der Adolf-Emil-Hütte verwenden. Das Profilisenwalzwerk sollte mit Vorblöcken von Rothe Erde oder der Adolf-Emil-Hütte gespeist werden.

Es ist nötig, sich diese Entwicklung zu vergegenwärtigen, um die jetzt geplante Zerstückung von Groß-Gelsenkirchen richtig zu würdigen. Der große Montantrust Gelsenkirchen ist nicht ein Produkt willkürlicher kapitalistischer Geschäftsmacherei, sondern sein Wachstum war technisch bedingt. Seine Geschichte ist entscheidend beeinflusst durch das Streben, die höchste Produktivität und Rentabilität zu erzielen durch die Zusammenfassung von sich ergänzenden Betrieben und von ineinander greifenden Betrieben verschiedener Produktionsstufen in der Hand einer Unternehmung. Dieser organische Zusammenhang soll zerrissen werden. Es sollen verkauft werden:

1. die Stahl- und Walzwerksanlagen Rothe Erde,
2. die Drahtfabrik in Eschweiler,
3. die Adolf-Emil-Hütte in Esch,
4. die Hochofenanlagen in Esch,
5. die Hochofenanlagen in Deutsch-Oth,
6. die Grubengerechtfame und Anlagen in Esch,
7. die Beteiligung an französischen Erzkonzeffionen (St. Pirromont und Wilerupt).

Es würden Gelsenkirchen danach verbleiben die Kohlenzechen, die Hochofen in Gelsenkirchen und Duisburg und die Verfeinerungswerke. Buchwerte von rund 108 Mill. M. würden abgestoßen werden, Buchwerte von rund 145 Mill. M. verbleiben. Das rechtsrheinische Gelsenkirchen wäre nur noch ein Torso des alten Trust. Die Verbindung von Rohle und Erz wäre dahin, die Verfeinerungswerke könnten die Halbfabrikate nicht mehr aus eigenen Betrieben beziehen. Der produktionstechnische Rückschritt ist für die Volkswirtschaft ein Verlust. Wir werfen die Frage auf, ob dieser Verlust getragen werden muß.

Die Verwaltung der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft hat bisher eine offizielle Begründung für ihre Verkaufspläne nicht veröffentlicht. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die gegenwärtige Unterbindung des Verkehrs zwischen den rechts- und linksrheinischen Gebieten, die Unklarheit der künftigen Gestaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen, die wenig freundliche

Haltung der Luxemburger Regierung gegenüber deutschen Unternehmungen den Gläubigern untergraben haben, in Zukunft noch den Vorteil aus der Zusammenfassung der Betriebe haben zu können, der den Aufbau in der Vergangenheit bestimmte. In der Rheinisch-Westfälischen Zeitung vom 3. April (Nr. 275) heißt es wörtlich: „Die Verwaltung gibt als Erklärung für ihr Vorgehen an, daß sie in erster Linie die Belange ihrer Aktionäre zu berücksichtigen habe, selbst wenn dadurch vaterländische Interessen beeinträchtigt werden sollten. Nach den Maßnahmen unserer Feinde gibt es aber nach ihrer Ansicht keine Möglichkeit, ihren linksrheinischen Besitz unserem Vaterlande zu erhalten.“ Die „Belange der Aktionäre“ mögen einen schnellen Verkauf an das Ausland, schon wegen des zu erzielenden Kapitalgewinnes, als vorteilhaft erscheinen lassen. Die Interessen unserer Volkswirtschaft, die Interessen des Vaterlandes, die in der obigen Erklärung kühl in die zweite Linie verwiesen werden, verlangen zum mindesten, daß die Entscheidung über die Notwendigkeit einer derartigen produktionshemmenden Zerreißung nicht in einer Zeit gefällt wird, in der noch niemand zu sagen vermag, ob der Schritt wirklich nach der künftigen Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zu unseren westlichen Nachbarn unvermeidlich ist. Die Interessen des Vaterlandes verlangen aber auch, daß diese Entscheidung nicht von der Verwaltung und den Aktionären der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft allein getroffen wird.

Die Sozialisierung ist heute nicht mehr nur ein viel mißdeutetes Schlagwort, sie ist auch ein gesetzlich festgelegter Programmpunkt der Regierung. Das verpflichtet. Der erste Satz des am 23. März verkündeten Sozialisierungsgesetzes lautet: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“ Die gesetzlich diktierte „sittliche Pflicht“ wird juristisch als Grundlage praktischer Maßnahmen ein recht problematischer Begriff sein. Immerhin nach der Erklärung der Gelsenkirchener-Verwaltung, daß sie glaubt, die Belange der Aktionäre den vaterländischen Interessen voranzustellen zu sollen, wird man einen Konflikt in bezug auf die Verwendung ihrer geistigen Kräfte mit dem Leitsatz des Sozialisierungsgesetzes als gegeben betrachten können, und mit diesem Konflikt könnte die Regierung des Reichs rechtlich ein Veto gegen eine selbstherrliche Entscheidung der Organe der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft begründen. Aber schließlich ist in dieser Zeit des wirtschaftsrechtlichen Ueberganges die formale Rechtsfrage von untergeordneter Bedeutung. Als die Grundidee der Sozialisierung darf nicht fälschlich die Verstaatlichung oder sonst irgendeine der zahlreichen gemeinwirtschaftlichen Formen ausgegeben werden, sondern es muß betont werden, daß es sich vor allen Dingen darum handelt, zur Entwicklung der höchsten Produktivität in der Volkswirtschaft durch gemeinwirtschaftliche Eingriffe, Regelungen und Kontrollen solche Hemmungen zu beseitigen, die aus privatwirtschaftlichen Interessen erwachsen und solche die Intensität der Arbeit fördernde

Maßnahmen zu sichern, die das privatwirtschaftliche Interesse nicht verbürgt. Von diesem Sozialisierungsgedanken aus kommt man mit Notwendigkeit zu einer Umformung des Eigentumsbegriffes. In einem sozialen Staate findet die Verfügungsfreiheit des einzelnen über Eigentum an Produktionsmitteln ihre Grenze dort, wo sie in Konflikt gerät mit den Interessen der Gemeinwirtschaft an der Erhaltung und Entwicklung der Produktion. Diese Oberhoheit der durch den Staat vertretenen Gesamtheit über das Privateigentum ist eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Es hat eine tiefe Berechtigung, daß der wissenschaftliche Sozialismus stets die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in den Vordergrund gerückt hat, während der dilettantische Sozialismus des Sozialisierungsgesetzes von einer Vergesellschaftung der Arbeitskraft ausgeht. Aber auch mit diesem Umweg muß man notwendig zu einer Umformung des Eigentumsbegriffes gelangen. Kein konstruiertes Schulbeispiel könnte diese Notwendigkeit besser belegen als der Fall Gelsenkirchen. Hier wird auf Grund der privaten Interessen geplant, einen Zusammenhang zu zerstören, den im Interesse der produktiven Höchstleistung zu erhalten das Streben der Volkswirte sein muß. Hier wird nicht nur deutscher Einfluß im Auslande, vielleicht voreilig, verhandelt, sondern es werden auch deutsche Produktionsstätten an ausländische Unternehmer ausgeliefert. Die Entscheidung über ein derartiges Projekt einer Verwaltungsratsitzung und einer Generalversammlung allein zu überlassen, wäre an den régime im höchsten Maße, im sozialen Staat müssen die Hüter der Gemeinwirtschaft zum mindesten das letzte Wort in diesen Dingen sprechen.

Neben dieser sozialwirtschaftlichen Seite birgt der Fall Gelsenkirchen aber auch außenpolitische Probleme in sich. Unbeschadet der Frage, ob die Pläne der Gelsenkirchener Verwaltung zu billigen sind oder nicht, muß doch die Frage erörtert werden, auf welchen Voraussetzungen sich diese Pläne aufbauen. Niemand weiß besser als die Führer unserer Montanindustrie, daß unser wirtschaftliches Interesse und auch das wirtschaftliche Interesse der Franzosen und Luxemburger es erheischen, daß in Zukunft politische Feindschaft nicht die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Gebiete hindere, die sich ergänzen und die zur Entwicklung der höchsten Produktivität aufeinander angewiesen sind. Die radikalste Beherrschung des Saarbeckens würde den Franzosen nicht genügen, um für ihre Eisenindustrie die Lieferung von Ruhrkohlen entbehren zu können. Ebenso wenig wie die deutsche Eisenindustrie wieder zur Blüte gelangen kann bei dauernder Abschneidung von den Erzrevieren. Wenn durch die Zerreißung des von den französisch-lothringisch-luxemburgischen Erzrevieren bis zu den Kohlenfeldern auf dem rechten Rheinufer reichenden natürlichen Standgebietes der Eisenindustrie die Höchstleistung kontinentaler Eisenerzeugung unterbunden wird, so gibt es Ausnieseher davon nur in England und Amerika. Trotzdem glauben die Herren von Gelsenkirchen an diese Zerreißung, weil sie nicht daran glauben, daß unsere Politik den Weg für das wirtschaftliche Gebotene zu ebnen verstehen wird. Dieses Mißtrauen ist durch die Haltung der Führer deutscher Außenpolitik leider nur zu begründet.

Bei den Verhandlungen über das Gelsenkirchener Verkaufsprojekt im luxemburgischen Landtag hat man gehört, daß die luxemburgische Regierung Widerspruch gegen den Verkauf zu erheben plante, weil sie daran dachte, die deutschen Werke als Pfänder für ihre Forderungen an Deutschland mit Beschlag zu legen. Man hörte, daß es sich bei diesen Forderungen besonders um die Einlösung von 250 Millionen M. deutscher Zahlungsmittel in Luxemburg und um Bankguthaben Luxemburgs in Deutschland handelt. Daß die Beschlagnahme von deutschem Privateigentum zur Deckung dieser Ansprüche in Luxemburg durchaus widerrechtlich wäre, bedarf keiner besonderen Betonung. Aber sollte es nicht möglich sein, durch Verhandlungen mit der luxemburgischen Regierung die Konfliktatmosphäre ganz zu beseitigen? Sicherlich wird das Deutsche Reich gerade die berechtigten Ansprüche

Luxemburgs aus der Kriegszeit loyal erfüllen wollen. Es wird nicht sich Verpflichtungen entziehen wollen, weil Luxemburg nicht über die Machtmittel der Entente verfügt. Mag Luxemburg in Zukunft aus dem deutschen Zollverband ausscheiden oder nicht, die Interessen des Landes und unsere Interessen werden doch bald wieder zu wirtschaftlichen Vereinbarungen führen. Scheinbar ist es der deutschen Regierung noch nicht gelungen, einen Ausgleich mit Luxemburg anzubahnen. Ist es nachdrücklich versucht worden? Ist man sich der Bedeutung der Verständigung mit diesem Lande im Zusammenhang mit dem erstrebenswerten deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen voll bewußt? Auch diese Fragen stellt das Gelsenkirchener Projekt auf die Tagesordnung und nicht nur auf die Tagesordnung der Generalversammlung

Deutsche Finanzreform.

XXIII.*)

Die Vermögensabgabe, deren Anwendung bei der deutschen Finanzreform vornehmlich aus volkswirtschaftlichen und Produktivitätsgründen abgelehnt werden muß, fußt auf dem Grundsatz, daß nicht dauernd die Gesamtlast der Verpflichtungen aus dem Kriege getragen werden soll. Man versucht, den größten Teil der jetzigen Generation aufzuerlegen und diese Last den kommenden Geschlechtern zu ersparen. Die Entscheidung zugunsten oder ungunsten der jetzigen oder der späteren Generation ist auch hier wie in allen ähnlichen Fällen nicht ganz leicht. Sie macht, wenn sie mit Gründlichkeit vorgenommen werden soll, ein Eingehen auf die schwierigsten ethischen und wirtschaftlichen Probleme des Krieges und der Kriege überhaupt notwendig. Man wird gut tun, alle ethischen Momente, die gerade bei dem Rückblick auf diesen Krieg sich leicht in den Vordergrund drängen, vollkommen auszuschalten. Es ist nötig, auch über die ganze Gräßlichkeit des Weltkrieges mit seinen Menschenopfern und seiner sittlichen Verwilderung ganz hinwegzusehen, sondern ihn ganz nüchtern als eine geschäftliche Transaktion innerhalb der übrigen Staatsgeschäfte zu betrachten. Dann war die Führung dieses Krieges notwendig, um den früheren Umfang der Staatswirtschaft zu erhalten. Die Führung war absolut und objektiv sicher dann notwendig, wenn Deutschland zweifellos als angegriffener Teil gelten konnte, und sie erschien subjektiv ebenso notwendig denen, die den Krieg herbeigeführt hätten für den Fall, daß es sich hier um einen von deutschen Staatsmännern bewußt und beschleunigt herbeigeführten Krieg gehandelt haben sollte. Ueberträgt man das ins rein Geschäftliche, so würde das bedeuten, daß die Kosten der Kriegsführung Anlagelasten gewesen sind, deren Tilgung nicht sofort vorgenommen werden brauchte, sondern auf die verschiedenen Geschlechter verteilt werden durfte.

Die Tatsache, daß der Krieg verloren wurde, ändert

an dieser Auffassung nichts. Zwar stellt offenbar der Krieg nunmehr einen Schaden dar, den die jetzige Generation der kommenden zugefügt hat, aber ein Volk stellt eine Gemeinschaft auf Gedeih und Verderb dar, innerhalb derer die Fehler der einzelnen und auch die Fehler der einzelnen Generation von der Gesamtheit der Zeitgenossen und von der Gesamtheit der Generationen getragen werden müssen. Es kommt hinzu, daß die Opfer, die die Miterlebenden des Krieges als Einzelperson und als Einzelfamilien gebracht haben, doch auch einigermaßen in Betracht gezogen werden müssen, so daß die Opfer der miterlebenden Generation außerordentlich hoch erscheinen. Die übermäßige weitere Schwächung der jetzigen Volkswirtschaft müßte zudem geradezu verhängnisvolle Folgen auch für die weiteren Jahrzehnte und Jahrhunderte haben, so daß es schließlich auch im Sinne der Nachkommen als vernünftig erscheint, die Gegenwart nicht allzu stark zu belasten, denn es ist eben zweifelhaft, ob solche Belastung der Gegenwart wirklich auch zugunsten der Zukunft erfolgen würde.

Die Verhältnisse dürften wahrscheinlich schon nach jedem verlorenen Kriege ganz ähnlich gelegen haben. Aber sie treten diesmal viel stärker als sonst in die Erscheinung. Denn dieser Krieg hat in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht Folgen gezeitigt, die alles wirtschaftliche Leben aus den bisher gewohnten Geleisen drängen. Es vollzieht sich eine vollkommene Umformung, deren Geburtswehen den ganzen Volkskörper erzittern lassen. Daraus ergibt sich eine weitere bedenkliche Schwächung der Gegenwart, die eine gewisse Schonung notwendig erscheinen läßt. Es würde deshalb eine gewisse Berechtigung haben und auch den künftigen Geschlechtern zugute kommen, wenn man einen Teil der Belastung von der Gegenwart fortnehmen und in die Zukunft hinein verlegen könnte. Es ist hier früher schon (Jahrg. 1918 S. 224) darauf hingewiesen, daß mindestens der Versuch gemacht werden muß, durch eine amortisierbare Anleihe und eventuell sogar durch eine Lotterianleihe der augenblicklich lebenden Generation

*) Siehe *Plutus* Jahrg. 1918, S. 79, 93, 103, 129, 143, 155, 169, 182, 199, 211, 224, 256, 274, 291, 306, 320, 344, 360. Jahrg. 1919 S. 41, 56, 73, 89 ff.

eine gewisse Entlastung zu schaffen, aber sehr viel darüber hinaus werden wir an faktischer Entlastung nicht zu leisten vermögen. Um so mehr aber müssen wir darauf bedacht sein, die Lasten wenigstens gleichmäßig auf Gegenwart und Zukunft zu verteilen. Wir müssen uns also jedenfalls darauf einstellen, unter Aufrechterhaltung unserer Gesamtbelastung eine vernünftige und gerechte Beteiligung aller Volkskreise an der Aufbringung der Lasten zu schaffen.

Schon die große Summe, um deren Aufbringung es sich diesmal handelt und die wir ja eingangs unserer Betrachtungen im vorigen Jahrgang dargelegt haben, weist uns darauf hin, daß die Wirkungen aller staatsfinanzieller Maßnahmen diesmal wesentlich weiter geht als das bei allen früheren Finanzreformen der Fall war. Man kann grundsätzlich vom Standpunkt der Finanzwissenschaften aussagen, daß jede Steuer nicht bloß eine Bedeutung für den Staatsfiskus hat, sondern mehr oder weniger auch eine wirtschaftliche und soziale Wirkung auf die Staatsbürger und die Gestaltung der Volkswirtschaft ausübt. Mindestens hat jede steuerliche Maßnahme die Tendenz, so zu wirken. Ob diese Tendenz deutlich zum Ausdruck kommt, hängt, abgesehen von anderen Momenten, von der Höhe der Steuer und natürlich auch von der Art ihrer Staffelung und sonstigen Durchführung ab. Die ältere Theorie der Finanzwissenschaft hat bewußt über diese Seite des Steuerwesens hinweggesehen, sie hat jedenfalls gefordert, daß der staatliche Finanzmann lediglich aus fiskalischen Erwägungen heraus, an die Ausschreibung und Erhebung einer Steuer herangehen dürfe. Ihre wirtschaftlichen

und sozialpolitischen Nebenwirkungen wurden von den Vertretern jeder Theorie eben mit in Kauf genommen. Die spätere Lehre der Finanzwissenschaft, die von Lorenz von Stein und Adolf Wagner beeinflusst war, rückte immer mehr von dieser rein fiskalischen Auffassung der Dinge ab. Für sie wurde die Steuer geradezu ein der Mittel, durch die der Staat in dem von ihm gewünschten Sinne die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklungen beeinflussen konnte.

Die gesamte Steuergesetzgebung der letzten Jahrzehnte in Deutschland — man denke nur an die Brausteuergeetze und an die Mühlenbesteuerung — hatte neben dem fiskalischen Bestreben, dem Staate möglichst reiche Mittel zu erschließen, doch ganz deutlich auch die Tendenz, gewisse Betriebsarten durch Steuerbevorzugungen zu begünstigen. Am weitesten nach dieser Richtung ging die preußische Warenhaussteuer, die kaum noch fiskalischen Ursprungs war, sondern mindestens nach dem Willen eines ihrer Schöpfer in allererster Linie den Schutz des Kleinhandels durch möglichste Erdrosselung bestimmter Entwicklungsformen im Kleinhandelsgewerbe herbeiführen sollte. Wenn der Zweck dieser Steuer ganz erfüllt worden wäre, so würde die Folge davon ein Steuervertrag von Null Mark gewesen sein. Etwas ganz Ähnliches lag in den Wünschen vieler Befürworter der Börsenbesteuerung. Diese Steuern gehören eben vielfach gar nicht mehr in das Gebiet der reinen Finanzpolitik, sondern sie bilden nur ein Mittel staatlicher Wirtschaftspolitik und staatlicher Wirtschaftspflege.

G. B.

(Weitere Artikel folgen.)

Revue der Presse.

Im Anschluß an die zur Erörterung nunmehr reife Frage der Aufnahme Deutsch-Oesterreichs in den deutschen Reichsverband bespricht Dr. Gustav Stolper in der „Neuen Freien Presse“ vom 27. und 29. März die

finanziellen Fragen beim Anschluß Oesterreichs an das Reich. Die in neuerer Zeit geschichtlich einzig dastehende Aufnahme eines hochentwickelten Staatsgebietes in einen anderen Währungsverband involviert keineswegs nur die Aufgabe zur Schaffung eines Umrechnungskurses beider Währungen, vielmehr handele es sich hier um die Aufnahme Oesterreichs in das gesamte deutsche Geld- und Kreditssystem. Die gesetzliche Relation der beiden Währungen vor dem Kriege von 100 : 117,56 sei durch die Kriegsverhältnisse gründlich zerstört worden, weil beide in erster Linie ihre metallische Grundlage verloren hätten und obendrein das Schicksal des deutschen Goldes fraglich sei. Ebenso böten die früher stabilen Wechselkurse keine Vergleichsmöglichkeit, da durch kriegerische Maßnahmen der Ausgleich, der die Stabilität gewährleistete, unterbunden worden sei. Der dritte Maßstab aber, der Vergleich der Kaufkraft beider Geldsorten, gemessen an dem durchschnittlichen Preisniveau des einzelnen Landes, sei durch die kriegswirtschaftlichen Eingriffe und Ver-

kehrsbeschränkungen auf dem Gebiete des Warenhandels vollends unbrauchbar geworden. Dazu käme als weiteres erschwerendes Moment, daß die Möglichkeiten des künftigen Wiederaufbaues beider Gebiete noch völlig im Dunkeln lägen. Die beiderseitigen Unterhändler, so folgert der Verfasser, müßten daher die Schaffung eines „vernünftigen“ Wertverhältnisses von Mark und Krone außerhalb der Diskussion lassen, noch weniger käme man zu einem Resultat, wollten sie sich die beiderseitigen Maßnahmen der Devisen- und sonstigen Finanzpolitik im Kriege vorwerfen. — Ein Kriterium für die billige Festsetzung eines Umrechnungssatzes müsse darin erblickt werden, daß ein Zusammenschluß beider Gebiete ohne Erschütterung und ohne soziale Kräfteverschiebungen ermöglicht werden könne. Eine Gefahr zu solchen dynamischen Veränderungen sieht der Verfasser in der Festsetzung eines verhältnismäßig zu hohen oder zu niedrigen Satzes. Als oberstes Gebot sei bei einer Festsetzung des Kurses zu betrachten, daß die Dynamik des Wirtschaftslebens möglichst wenig verändert werde, andererseits die Lebenshaltung weitester Schichten von dem Währungswechsel unberührt bleibe, weil nur dann der neue Zustand ohne Gefahren und Krisen stabilisiert werden könne. Zu diesem Zwecke wird die Ermitt-

lung von Durchschnittslohn- und Gehaltsföhen großer Arbeiter- und Beamtenkategorien in beiden Gebieten, ferner die Preise der öfentlich bewirtschafteten Lebensmittel und deren Reduzierung auf Indizeszahlen vorgeschlagen, welche in erster Linie bei den Verhandlungen der Delegierten zu beröcksichtigen seien. — Vor kurzem ging die Nachricht durch die Presse, daß der Staatshaushalts-Ausschuß der Nationalversammlung die Bewilligung der Mittel für die Errichtung eines Zentralforschungs-Instituts für die Textilindustrie, das dem Reichswirtschaftsamt angegliedert werden sollte, abgelehnt habe. Es ist aus diesem Anlaß interessant zu hören, wie Prof. Dr. Ubbelohde-Karlsruhe in einem Aufsatz in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 2. April über die

Zukunftsaufgaben der Textil-Industrie

urteilt. Die deutsche Industrie, die vor dem Kriege für ungefähr zwei Milliarden Mark Rohstoffe in rund 162 000 Betrieben mit 16 Millionen Spindeln verarbeitet habe und durch die kriegerischen Ereignisse verhindert war, ihr gewöhnliches Rohmaterial zu gebrauchen, habe es dank der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Technik erreicht, auch aus Ersatzstoff brauchbare Gewebe herzustellen. So sei es der Papiergarnindustrie nach anfänglichen Hindernissen, die an der geringen Festigkeit und der durch die Leimung herrührenden Härte des Materials lagen, gelungen, Papiergewebe herzustellen, die diesen, ihren Charakter nahezu vollständig verloren hatten. Auch bei anderen Ersatzstoffen sei man auf Schwierigkeiten gestoßen, die in der Schwierigkeit des Anbaues, der Ernte bzw. Sammlung der betreffenden Pflanzen bestanden. Doch sei auch hier nach und nach der gangbare Weg gefunden worden. Zusammenfassend könne man sagen, daß diese junge Industrie es fertig gebracht hätte, aus Ersatzstoffen Produkte herzustellen, die man nicht mehr Ersatz nennen könne. Eine Verbesserung der Qualität sei nicht unmöglich, doch erfordere sie, wie bisher, ein stetes Hand-in-Hand-gehen von Wissenschaft und Betriebsführung. Dies könne aber nur herbeigeführt werden, wenn letztere in die Hände von wissenschaftlich gebildeten Ingenieuren gelegt werde, welche mit den Grundsätzen der wissenschaftlichen Betriebsführung vertraut seien und organisatorisches Geschick sowie den nötigen weiten Gesichtskreis besäßen. Neben dieser Notwendigkeit ergäbe sich aber noch die von systematischen Untersuchungen zwecks Hebung der Wirtschaftlichkeit, welche infolge der hohen Kosten zweckmäßig nur von besonderen Forschungsinstituten vorgenommen werden könnten. — Eine nicht minder wichtige Frage für Wiederaufbau und Uebergangswirtschaft behandelt Prof. Dr. Kildem Caro in der „Vossischen Zeitung“ vom 2. April, nämlich

Deutschlands Ernährung und Stickstoffwirtschaft nach Friedensschluß. Die Abmachungen zur Nahrungsmittellieferung beweisen, daß die Kontrolle der Entente über den deutschen Außenhandel auf längere Zeit nach Abschluß des Friedens ausgedehnt werden

soll, was angesichts des zu erwartenden, im Verhältnis zum Vorjahr, minderen Ernteertrages an Bedeutung gewänne. Folgende Statistik wird zur Illustrierung der Ernteerträge während des Krieges gegeben:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
	(in Millionen Tonnen)					
Noggen	12,5	10,2	9,1	9,0	7,0	8,0
Weizen	4,4	3,8	3,75	3,0	2,2	2,4
Gerste	3,5	3,0	2,5	2,8	2,0	2,2
Kartoffeln	52,8	44,7	52,8	24,6	34,4	29,4
Zuckerröben	20,6	16,8	10,9	10,1	9,9	9,8

Also gegenüber 1913 eine Verminderung um 40 v. H. an Getreide und über 50 v. H. an Hackfröchten. Der scheinbare Mehrertrag 1918 gegenüber 1917 ist auf die bessere Erfassung zurückzuführen. Es wird dann die Politik des Kriegsernährungsamtes unter die Lupe genommen. Was vor allen Dingen den Ersatz des fehlenden Stickstoffs zur Düngung anbetrifft, so seien zwar umfangreiche Betriebe zur Stickstoffgewinnung errichtet worden, doch sei deren Produktion in erster Linie der Sprengstoffabrikation zugeführt worden, trotzdem bekannt war, daß jede Tonne Kalkstickstoff den Ertrag an Getreide um vier bis fünf Tonnen, den an Hackfröchten um 20 bis 25 Tonnen heben könnte. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 sei unter der drohenden Lebensmittelnot der Vollbetrieb der Werke aufgenommen worden. Der außerordentlich günstigen Stickstoffherzeugung machte die Revolution ein Ende, was für die Ernte 1919 einen Minderertrag von rund 4 Millionen t an Getreide oder 20 Millionen t an Hackfröchten erwarten läßt. Seit Beginn der Revolution liegen die Stickstoffwerke wegen Kohlenmangel, Lohnstreitigkeiten und Sympathie-Streiks fast völlig still, sogar die staatlichen. Deutschland könne infolgedessen bestenfalls erst nach der Ernte 1920 von der Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel unabhängig werden. Unter den obwaltenden außenpolitischen Umständen wäre das wichtigste Mittel hierzu die Hebung der Getreideherzeugung im Inland. Dazu käme es darauf an, die Kaliproduktion und die Erzeugung von Stickstoff auf den höchsten Stand zu heben. Dies könne aber nur durch die volle Betriebsausnutzung der bestehenden Kali- und Stickstoffwerke erreicht werden, durch ungestörte, auf Höchstleistung gerichtete Arbeit. — In demselben Blatt vom 24. Febr. behandelt Ludwig Wachtel die Frage der

Konsularvertretungen Deutschlands

während des Krieges und nach Abschluß des Waffenstillstandes. Er kritisiert scharf die Organisation des Konsulardienstes und die Tendenz ihn amtlicherseits aus Sparsamkeit und anderen Gründen auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Während England in ganz Skandinavien, namentlich in Norwegen, nach Kräften bemüht ist, seine Handelsvertretungen auszubauen und mit Sachverständigen zu besetzen, geht Deutschland daran, seine im Kriege geschaffenen Berufsconsulate aufzulösen und die durch die langjährige Ortskenntnis seiner Vertreter errungenen Vorteile aufzugeben. So wurden die Consulate

in Christiansand und Christiansund zurückberufen, um sie durch Wahlkonsuln oder gar durch die im Ausland nicht gerade beliebtesten Beamten der J. E. G. zu ersetzen. Demgegenüber unterhält Amerika in Christiansand einen Konsul und einen Vizekonsul, Frankreich und Italien je einen Konsul und England sogar einen Konsul und zwei Vizekonsuln. Insgesamt seien zwölf Länder durch je einen Herrn in Christiansand repräsentiert, Deutschland jedoch sei nicht darunter. Es wird vorgeschlagen, daß ein ort- und sachkundiger Kaufmann wenigstens solange als Vertreter an diese und ähnliche Stellen gefunden wird, bis er Zeit gehabt hätte, tüchtige Berufskonsuln auszubilden. — Zum Entwurf über die

Kapitalrentensteuer

bemerkt Dr. R. Ruzsčyžski in der *Kommunale n Pragis* vom 22. März, daß der Eindruck, den der neue Gesetzesentwurf im Ausland gemacht habe, nach der ausländischen Presse zu urteilen, der eines verkappten Staatsbankrotts gewesen sei. Wenn dies nun auch nicht stimme, weil durch die Rentensteuer nicht nur die Inhaber bestimmter staatlicher Rentenpapiere, sondern alle Bezahler von Kapitalzins getroffen werden, so berge der Entwurf doch erhebliche Mängel in bezug auf die Inhaber der Kriegsanleihen, da diese keine amortisierbaren Obligationen seien, sondern eine ewige Rente bilden, deren Zinsfuß auf alle Fälle durch die Steuer um ein halbes Prozent gekürzt wird, und dies nachdem bis in die jüngste Zeit hinein wiederholt versichert worden sei, die Inhaber von Kriegsanleihen würden bei künftigen Steuern Vorzüge genießen. In erster Linie würden aber die Gemeinden die Leidtragenden sein. Sie müßten von den Zinsen ihrer eigenen Anleihen 10 % vorweg an den Staat abführen, und das würde bewirken, daß ihre Gläubiger, um ihre Rente auf gleicher Höhe zu erhalten, in ihren Forderungen den Zinsfuß entsprechend erhöhen würden. Ebenso würden die Ausgaben der Sparkassen an Zinsen steigen, hingegen ihre Einnahmen aus Kriegsanleihen und noch nicht fälligen Hypotheken sinken. Die Gemeinden müßten daher darauf dringen, daß der Entwurf nur dann Gesetz werde, wenn er die weitere Lebensfähigkeit der Sparkassen nicht gefährde.

Omschan.

fn. Nationalbank für Deutschland.

Der dritte Grossbankabschluss bringt einen Rückgang der Dividende. Die Nationalbank für Deutschland schlägt die Verteilung einer Dividende von 5% für das Jahr 1918 vor, gegen 6% im Jahre 1917. Der Geschäftsbericht bemerkt dazu, dass die Verwaltung glaubte, der durch den Ausgang des Krieges und die Folgen der Revolution geschaffenen völlig undurchsichtigen Lage bei der Aufstellung der Bilanz besonders Rechnung tragen zu müssen. In welchem Umfange das geschehen ist, ist aus den Ziffern des Abschlusses nicht ersichtlich. Es sind weder irgendwelche Zuweisungen an den Reservefonds vorgenommen worden, noch sind neben den normalen Abschreibungen auf Mobilien, Sonderabschreibungen ausgewiesen. Auch der Gewinnvortrag weist keine Erhöhung, sondern sogar noch einen Rückgang von 323 241 *M* auf

227 592 *M* auf. Gewinne aus dem Effekengeschäft sind wie üblich nicht ausgewiesen. Soweit sie in den ersten drei Vierteljahren erzielt worden sind, dürften sie wohl durch die erforderliche Minderbewertung der Wertpapiere aufgezehrt sein. Die Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten sind in der Bilanz der Nationalbank von 2,5 auf 9,6 Mill. *M* angewachsen. Der Bruttogewinn ist dank der Steigerung der Gewinne auf dem Wechsel- und Zinsenkonto und auf dem Provisionskonto von 12,5 auf 13,9 Mill. *M* gestiegen. Demgegenüber steht eine Erhöhung der Verwaltungskosten von 4,6 auf 6,5 Mill. *M*, die in der Hauptsache durch die notwendig gewordenen Gehaltsaufbesserungen und Zuwendungen an das Personal bedingt war. Der Reingewinn wird danach mit 7,02 Mill. *M* gegen 7,77 Mill. *M* im Vorjahre ausgewiesen. Die Tantiemen des Aufsichtsrats sind entsprechend dem geringeren Reingewinn von 280 043 *M* auf 219 040 *M* zurückgegangen. Dagegen zeigten die Tantiemen der Direktion eine Erhöhung von 470 490 *M* auf 518 965 *M*. Das dürfte zusammenhängen mit dem Neueintritt des Herrn Jacob Goldschmidt in den Vorstand der Bank, der mit der Kommanditeinlage bei der Berliner Bankfirma Schwarz Goldschmidt & Co. verbunden war. (Durch diese Kommanditeinlage hat sich das Konto der dauernden Beteiligungen bei der Nationalbank von 3,3 auf 6,3 Mill. *M* erhöht.) Auch die Tantiemen an Beamte sind von 950 000 *M* auf 1,1 Mill. *M* gestiegen. Die Ausschüttung einer höheren Dividende als 5% konnte nach diesen Ziffern des Abschlusses für die Nationalbank gar nicht in Frage kommen. Denn die sichtbaren Reserven der Bank sind ohnedies nicht derart, dass sie der Bank für schwierige Zeiten besonders grossen Spielraum verschaffen. Die Bilanz zeigt wie bei den anderen Grossbanken eine starke Erhöhung der fremden Gelder. Die Kreditoren sind von 453,5 auf 606,1 Mill. *M* angewachsen. Dabei bemerkt die Verwaltung im Geschäftsbericht, dass sie sich gegen Ende des Jahres namentlich infolge der politischen Verhältnisse bei langfristigen Anlagen Zurückhaltung auferlegt hat. Die im Kriege errichtete Niederlassung in Brüssel ha infolge der militärischen Räumung Belgiens ein schnelles Ende gefunden. Sie wurde nach Berlin überführt, nachdem alle Verpflichtungen gegenüber der belgischen Kundschaft abgedeckt waren. Ueber Verluste aus dieser Abwicklung des Brüsseler Geschäfts sagt der Geschäftsbericht nichts. Ebenso wenig wird im Geschäftsbericht über die sonstigen Auslandsinteressen etwas gesagt. Nach Auskünften der Verwaltung ist nur zu bemerken, dass die Engagements in Polen in willkommener Weise zurückgegangen sein sollen.

Man schreibt mir:
Unter dem Schutze des Danebrog.

„Das Kapital gewisser Schichten von Kriegsgewinnlern und anderen Leuten, die ihr starkes Herzklopfen vor den zu erwartenden Steuern kaum noch betäuben können, gleicht zur Zeit, wenn dieser Vergleich erlaubt ist, den Hühnern, die früher die Bäuerinnen lebend zu Markt zu bringen pflegten. Kam ein Käufer, und langte die Bäuerin mit derben Händen in einen der grossen drahtverschlossenen Käfige hinein, so flüchteten sich die angsterfüllten Tierchen an die äusserste entgegengesetzte Ecke, um dort zitternd

zusammenzukriechen. Ähnlich heute das Kapital. Es flieht mit Vorliebe in die letzten Grenzorte, insbesondere in solche, bei denen die Wahrscheinlichkeit besteht, dass der ganze Landstrich bei Friedensschluss von Deutschland abgetrennt und einem Lande zugesprochen wird, in dem mildere Steuersitten herrschen. So ist es denn kein Wunder, dass insbesondere an die dänische Grenze viele Kapitalien geflossen sind, die teils Anlage in den Reservoiren der dort ansässigen kleinen Banken suchten, teils aber im Grundbesitz festgelegt wurden. Alle Bankinstitute jener Gegend haben denn auch einen beträchtlichen Zuwachs an Depositengeldern in den letzten Kriegsjahren zu verzeichnen, der zumal im Jahre 1918 einen sehr hohen Umfang eingenommen hat. Das trifft z. B. auf die Sonderburger Bank auf der Insel Als zu, ferner für die Folkebanken for Als og Sundved Aktiengesellschaft, insbesondere aber für die im Umfang schon etwas bedeutendere, mit einer Million Mark Kapital arbeitende Haderslev Bank in Hadersleben. Dieses Institut beweist zunächst seine gut dänische Gesinnung bereits dadurch, dass es, obgleich ja vorläufig Hadersleben noch zu Deutschland gehört, den Geschäftsbericht auf Dänisch herausgibt — was ja allerdings den Bestimmungen des HGB. nicht zuwiderläuft — und nur eine gedrängte kurze Uebersetzung in deutscher Sprache beifügt. Sodann wird mit sichtlicher Freude und einem leider nur zu verständlichen wirtschaftlichen Optimismus von der kommenden Vereinigung Nordschleswigs mit Dänemark gesprochen. Die Bank berichtet über ihr Geschäft im abgelaufenen Jahre und teilt mit, dass obwohl an sich schon eine starke Geldflüssigkeit herrscht habe, die den Wunsch nach neuen Depositengeldern gar nicht rege werden liess, noch ein ganz erheblicher Zufluss von Geldern hinzukam, die, wie die Bank mit feiner Ironie und Diskretion bemerkt, aus dem Süden kamen, um „unter den hiesigen, ruhigeren Verhältnissen Unterkunft zu suchen“. Diese Gelder strömten ohne Unterbrechung — die Gesamteinlagen der Bank, die bei Kriegsausbruch nur etwa 6 Millionen Mark betragen, schnellten auf 24 Millionen empor —, bis es der Bank zuviel wurde und bis sie resolut stoppte. Was in der Geschichte des deutschen Bankwesens wohl noch niemals vorgekommen ist, ereignete sich hier: die Haderslev Bank sperrte sich gegen Depositengelder ab und hält die Tür, hinter der ihre Kassen, Stahlkammern und Tresors dem flüchtenden deutschen Kapital als ein finanzielles Sanssouci winken, noch immer fest geschlossen. Man wird sich also in Kriegsgewinnerkreisen nunmehr nach anderen Schlupfwinkeln umsehen müssen. Die Bank berichtet übrigens weiter, dass, abgesehen von regen Valutaspekulationen unter Ausnutzung des niedrigen Marktkurses in Dänemark, auch in ihrer Gegend, in der Stadt selbst und auf dem Lande, ein schwunghafter Grundstückshandel eingesetzt habe. Sowohl Dänen, die schon sicher mit der Einverleibung des Landstriches rechnen und mit der entwerteten deutschen Valuta dort gern Grundstücke erwerben, traten dabei als Käufer in Erscheinung, als auch zahlreiche Deutsche aus dem Reiche, und zwar nicht nur Privatleute, sondern auch industrielle Unternehmer, die sich hier Terrain sichern wollen. Es macht sich hier also eine ähnliche Erscheinung bemerk-

bar, wie sie, wie im „Plutus“ bereits schon einmal berichtet wurde, in Dänemark zu einer kräftigen Reaktion geführt hatte. Es war damals mitgeteilt worden, dass eine von zahlreichen Unterschriften gedeckte Petition an den dänischen Reichstag abgegangen sei, in der eine scharfe Sonderbesteuerung des Grundbesitzererwerbs durch Ausländer gefordert wurde. In Dänemark hat man eben keine Lust, sich den Grundbesitz und die landwirtschaftlichen Produkte durch deutsche Kriegsgewinnler, die ihre Kapitalien in dänischen Gütern anlegen wollen, verteuern zu lassen. Man wird deshalb auch in Kopenhagen für den Fall, dass wirklich ein nordschleswigischer Gebietsstreifen an Dänemark abgetreten werden soll, gewiss ein wachsames Auge auf die Superklugen haben, die jetzt in diesem Landesteile sich Grundbesitz zugelegt haben, um ihn später gegen schöne dänische Valuta möglichst teuer loszuschlagen. Das Reichsfinanzamt aber sollte u. a. die Besitzsteuerämter anweisen, solange es noch technisch möglich ist, ein wenig Obacht darauf zu haben, was für Depots und Depositenkonten bei den kleinen Grenzbanken geführt werden. Auch läge es durchaus in seinem Interesse, festzustellen, wer dort von reichsdeutschen Untertanen Grundbesitz erworben hat. Nach den Bestimmungen der kommenden grossen Steuergesetze ist ja, wie es selbstverständlich ist, auch die Deklaration ausländischen Grundbesitzes resp. der dafür angelegten Summen anzuordnen. Einer später sich möglicherweise einstellenden Vergesslichkeit der glücklichen Besitzer von Land in einem dänischen, ehemals preussischen, Nordschleswig könnte durch eine schon jetzt scharf einsetzende Kontrolle recht gut entgegengearbeitet werden.“

Nationalisierung der böhmischen Zuckerindustrie. Herr Eugen Löwinger - Charlottenburg, schreibt mir: „Die Vorgänge in der Zuckerindustrie im neuen tschecho-slowakischen Staate stehen im Zusammenhange mit grossen finanziellen Plänen der Prager Regierung. Man hofft, aus dem Milliardenenertragnis der Zuckerernte die Grundlage zu bekommen, um daraufhin eine eigene tschechische Währung gründen zu können. Der ganze Zuckerelexport soll durch Holland finanziert werden. Die holländische Regierung soll sich bereit erklärt haben, den metallistischen Untergrund zu geben für die neue tschecho-slowakische Währung. Diese aus Prag stammenden Mitteilungen haben manches für sich, denn es würde Holland durch dieses Zuckergeschäft im internationalen Zuckermarkt zu einer wichtigen massgebenden Stellung emporrücken und das einzige Gegengewicht sein zu der amerikanisch-kubanischen Zuckergruppe, die für die Nachkriegszeit sich darauf vorbereitet hat, im Exportgeschäft führend aufzutreten. Inwieweit die holländischen Ambitionen Verwirklichung finden werden, steht dahin; aber auf jeden Fall sichert sich Holland ein einträgliches Geschäft bei den hohen Zuckerpreisen und ausserdem die Gewähr, auch späterhin von der Prager Regierung für derartige Finanzgeschäfte bevorzugt zu werden. Was nun speziell die Nationalisierung der böhmischen Zuckerindustrie betrifft, so liegt die Operation in den Händen der Zivnostenská banka. Dieses Institut hat von jeher einen spezifisch tschechischen Einschlag gehabt, ist auch früher im böhmischen Zuckerkonzern massgebend gewesen, so dass

es nicht weiter aufzufallen braucht, wenn die Prager Regierung diese Stelle mit der Nationalisierung der böhmischen Zuckerindustrie betraut hat, eine Operation, die in der Hauptsache so durchgeführt wird, dass eben die tschechische Bank trachtet, auf offenen Märkten und auch auf privatem Weg den anderen österreichischen Banken die Zuckeraktien abzukaufen. Zieht man in Betracht, dass die tschechische Regierung die Macht hat, den nicht-tschechischen Zuckerfabriken die grössten Schwierigkeiten in den Weg zu legen, so liegt es auf der Hand, dass die nicht-tschechischen Zuckerfabriken bereit sind, auf die guten Angebote einzugehen, die ihnen von tschechischer Seite im Ankauf der Aktien gemacht werden. Auch die Banken, die bisher hinter diesen Zuckerfabriken standen, sehen sich genötigt, die Haltung gutzuheissen, die von den Zuckerfabriken in dieser Frage beobachtet wird. Der Schlüssel für die Rohzuckerzuteilung gibt es der Prager Regierung an die Hand, die Quote so einzurichten, dass die böhmischen Zuckerfabriken mit deutscher Kapitalmacht in den Hintergrund kommen, ihren Betrieb nicht vollkräftig ausnutzen können und dadurch der Gefahr ausgesetzt sind, die Aktionäre vor den Kopf zu stossen. Da die reintschechischen Zuckerfabriken ihre Aktionäre hinsichtlich ihres Ertragnisses völlig zu befriedigen in der Lage sind, so ergeben sich weitere Schlussfolgerungen von selbst. Die Wiener Banken, die so in der Greifzange genommen werden, sehen sich, was ihre Zuckeraktien betrifft, vor der traurigen Notwendigkeit, das Zepfer niederlegen zu müssen zugunsten der Zivnostenska banka, der man in der Vorkriegszeit in Wien keinen besonderen Respekt entgegengebracht hat, trotz der starken Expansion, die von der Führung dieses Institutes ausgegangen ist. Zu erwähnen ist noch, dass einige böhmische Zuckerfabriken, wie z. B. die Nestomitzer, unter englischem Kapitaleinfluss stehen, was natürlich die Operationen der Zivnostenska banka um ein Erhebliches erleichtert. Das die tschechische Regierung nicht Halt macht vor denjenigen Zuckerfabriken, die sich auf deutschböhmischem Gebiet befinden, braucht man nach dem, was man über die politischen Ziele der Regierung in Prag gehört hat, nicht anzuzweifeln, so z. B. vor der Schönpriesener Zuckerfabrik, ein reindeutsches Unternehmen in reindeutscher Stadt. Es wird also nicht lange dauern, und wir werden die gesamte böhmische Zuckerindustrie, auch die auf deutschböhmischem Boden, nationalisiert sehen, und so wird es Herrn Dr. Raschin, dem tschechischen Finanzminister, möglich sein, seine hochfliegenden Pläne wahrzumachen und auf Grund einer Einnahme von 1½ Milliarden in Gold — mit Hilfe Hollands — den Metallschatz für die zukünftige tschechische Frankenwährung anzusammeln!

II. Frauen an der Börse. Die demokratische Partei in Hamburg hat den Antrag gestellt, die Frauen in gleichem Masse wie die Männer zur Börse zuzulassen. Zur Verwirklichung dieser sicherlich heute mehr denn je berechtigten Forderung bedarf es freilich einer Aenderung des Börsengesetzes, das durch seinen § 7 „Personen weiblichen Geschlechts“ vom Börsenbesuch ausschliesst. Schon vor der letzten Revision des Börsengesetzes hat der „Verein für Frauen-Stimmrecht“ in einer Eingabe an den Reichstag gefordert, diese Bestim-

mung, die den Frauen den Zutritt zur Börse versagt, fortfallen zu lassen. Im „Plutus“ hat schon damals der Herausgeber darauf hingewiesen, dass es absolut ungerechtfertigt ist, die Frauen von den Börsen auszuschliessen, zumal es ja eine ganze Reihe von Frauen gibt, die tätige Inhaberinnen oder Prokuristen von Bankfirmen oder Getreidegeschäften sind und die auf allen Zweigen des Geschäftes verantwortlich tätig sein können, nur an der Börse müssen sie sich männlich vertreten lassen (siehe „Plutus“ Jahrgang 1904, I, Seite 32 und 42). Inzwischen hat sich die Frauenarbeit ausserordentlich stark weiter ausgedehnt. Die Frauen haben die politische Gleichberechtigung erhalten, und es wirkt reichlich unmodern, wenn ein Mitglied des Berliner Börsenvorstandes einem Mitarbeiter des „Abend“ (2. 4. 1919) erklärte, man sei in Handelskreisen, u. a. schon wegen des Mangels jeder Schule unserer Frauenwelt auf diesen Gebieten, wohl überwiegend der Meinung, dass die Berliner Frau nicht an die Börse gehört. Männer pflegen ja auch nicht mit einer Kenntnis der Börsengebräuche behaftet zur Welt zu kommen, und eine Schulung der Frauen im Börsengeschäft wird niemals vollzogen sein können, bevor der Frau die Börsenhallen geöffnet sind. Warum eine Frau aber gerade auf diesem Gebiete weniger fähig sein soll, sich einzuarbeiten als ein Mann, bleibt das Geheimnis der Handelskreise, die nach der Aeusserung des Börsenvorstandes von dem Hamburger Antrag „sehr überrascht“ worden sind. Es wäre wirklich an der Zeit, dass man der Börse diesen Zopf abschneidet und die Zöpfe hereinlässt.

Börse und Geldmarkt.

Die Entwicklung der Ententedevisen in den letzten Wochen hat nicht nur die Blicke der Finanzleute auf sich gezogen. Auch der Politiker verfolgt mit wachsendem Interesse die Ereignisse auf diesem für eine im Weltkrieg geschulte Generation gar nicht mehr so abgelegenen Kriegsschauplatze. Es war zu erwarten, dass, sobald nach dem Auflösen der eigentlichen Feindseligkeiten die festgefügte Kampforganisation der Alliierten sich ein wenig lockern und der Streit um die Friedensbedingungen eine Abkühlung der gegenseitigen Beziehungen bewirken würde, diese Wandlung sich in den Wechselkursen widerspiegeln würde. Denn es ist hinlänglich bekannt, dass der Frankenkurs in London, ebenso aber auch der Sterlingkurs in New York nur durch direkte ständige Unterstützung des finanziell stärkeren englischen resp. amerikanischen Bundesgenossen gehalten werden konnte. Ebenso war die verhältnismässig feste Haltung des Lirekurses in London nicht etwa dem (in Wirklichkeit recht bösen) Stand der italienischen Finanzen zuzuschreiben, sondern dem Arrangement, das Italien von Amerika verlangt hatte und das ihm, als es nicht mehr ein und aus wusste, die Bezahlung seiner Auslandszahlungen durch die Union in Dollarvaluta zusicherte. Zuerst muss nun Frankreich die Erfahrung machen, dass politische Bundesgenossenschaft nicht zu ewiger finanzieller Hilfe verpflichtet, zumal wenn sich Herr Clemenceau in gewissen Friedensfragen so überaus harthörig stellt und dadurch das Ende der Vorfriedensverhandlungen immer wieder hinauszögert

Vor allem aber auch herrscht in England und Amerika eine unverkennbare Misstimmung darüber, dass Frankreich sich so ganz und gar in finanziellen Dingen auf seine Verbündeten verlässt und auch — obwohl die kühler rechnenden Amerikaner schon längst nicht mehr all diese französischen Phantastereien mitmachen und ihre Erwartungen fast täglich weiter herunterschrauben — unbedingt mit einer so grossen baren Kriegsentschädigung Deutschlands rechnet, dass es damit aus den schlimmsten Geldnöten erlöst wäre. Die Verbündeten, die in diesen Fragen realer denken, teilen diese Erwartungen nicht und können auch ihren Aerger darüber nicht länger unterdrücken, dass Frankreich nicht dazu zu bewegen sei, durch radikale Steuermassnahmen an eine Neuordnung seiner Finanzen heranzugehen, während England und Amerika im Kriege nicht gezögert haben, ihrer Bevölkerung sehr starke steuerliche Lasten aufzulegen. Die ganze Art der französischen Kriegsfinanzierung, die, mit ihrer bedeutenden Inanspruchnahme der Staatsbank und der Höhe der kurzfristigen schwebenden Schulden sowie ihrer wenigen, gänzlich unsystematischen und stümperhaften Steuerprojekte, eben auf einen „Siegfrieden“ eingestellt war, der einen Goldstrom als Kriegsentschädigung in das Land zurückleitete, wird von den Angelsachsen als unsolide empfunden. Und es hat den Anschein, als ob, neben dem Wunsch, Frankreich politisch gefügiger zu machen, auch die Absicht vorhanden ist, es daran zu erinnern, dass es höchste Zeit ist, seine Finanzen auch dann in Ordnung zu bringen, wenn nicht die von ihm erhoffte, aber sich immer mehr als Utopie herausstellende Riesen-Kriegsentschädigung von Deutschland es aller Sorgen enthebt.

In der internationalen Presse ist noch eine Anzahl anderer Momente angeführt worden, die dem englischen Vorgehen, der französischen Regierung die Sterlingkredite für Zahlungen in England zu entziehen und so den Frankenkurs in London zu drücken, zugrunde liegen können. Insbesondere wird da der Wunsch, den freien Markt für den internationalen Zahlungsverkehr wieder allmählich funktionieren zu lassen, unterlegt. Damit würde, so begreiflich an sich dieser Wunsch wäre (wenn seine Verwirklichung allerdings auch nun ruhig noch etwas hinausgeschoben werden konnte), übrigens denn doch etwas kontrastieren, dass die englische Regierung, nachdem durch den plötz-

lichen scharfen Rückgang der Pfunddevisen in New York der Goldpunkt für die Sterlingdevisen erreicht war, die Goldausfuhr aus England verboten hat. Ohne freien Goldmarkt ist natürlich ein Wiederanbahnen der freien Marktverhältnisse im Welt-Zahlungsverkehr nicht möglich. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass die unfreundliche Behandlung des englischen Exports, über die seit einiger Zeit geklagt wird, die Londoner Gegenmassregel mit veranlasst habe. Aber uns scheint, dass man in London die politischen Auswirkungen eines so offen ausgeübten direkten Drucks auf die Valuta der Bundesgenossen zu gut kennt, um nur bei gewichtigen politischen Anlässen von diesem Machtmittel Gebrauch zu machen, noch dazu in einer Zeit, in der eine so gereizte Stimmung in den Sitzungen der Entente-Friedensdelegationen herrscht. — Was aber zweifellos noch mitgesprochen hat, das war die nur zu begreifliche Absicht, angesichts der ablehnenden Haltung, die Amerika neuerdings gegenüber weiteren Kreditversuchen der Entente zur Schau trägt, nun auch das eigene Risiko nach Möglichkeit einzuschränken und die Franzosen zur Selbsthilfe etwas energischer als bisher aufzurütteln. Man wird all diese Dinge in der nächsten Zeit mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen: sowohl der zweifellos durch amerikanische Kreditentziehungen zustande gekommene Rückgang des Sterling-Kurses in New York auf zirka 4,59 mit den Hand in Hand gehenden Versuchen Englands, die Einfuhr amerikanischer Produkte einzuschränken, aber den Export zu forcieren, wie die Entwicklung des Frank- und des — gleichfalls stark gesunkenen — Lire-Kurses in London schliessen, wenn diese Bewegungen sich weiter fortsetzen, politische Möglichkeiten in sich, die die Konstellation innerhalb der Entente nicht ganz unbeeinflusst lassen können.

Gerüchte von der bevorstehenden Ermässigung des Einlagezinsfusses gingen vor kurzem um. Später wurde bekannt, dass hier insofern ein Missverständnis obwalte, als nur eine Zinsherabsetzung für die Giroelder in Frage kommen könne. Es handelt sich hier zweifellos um nicht unbeträchtliche Summen, denn eine ganze Anzahl von Sparkassen — an der Spitze die Berliner unter ihrem bisherigen reformeifrigen und rührigen Leiter Reusch — hat einen umfangreichen Scheck- und Verrechnungsverkehr eingeführt. Die lediglich hierfür in Betracht kommenden Gelder werden nun wahrscheinlich anstatt wie bisher mit

Warenmarktpreise für März 1919.

	3.	10.	17.	24.	31.	
Weizen New York (Winter hard Nr. 2)	237 ¹ / ₂	237 ¹ / ₂	237 ¹ / ₂	237 ¹ / ₂	237 ¹ / ₂	cts. per bushel
Mais Chicago	135	143 ¹ / ₂	153 ¹ / ₂	156 ¹ / ₂	165	cts. per bushel
Kupfer, standard London	74 ¹ / ₄	77 ¹ / ₄	77	77 ¹ / ₂	71 ¹ / ₄	£ per ton
Kupfer, electrolyt London	76—80	76—80	78—81	80 ¹ / ₂ —82 ¹ / ₂	82—84	£ per ton
Zinn London	234 ¹ / ₂	242 ¹ / ₂	238 ¹ / ₂	238 ¹ / ₂	233 ¹ / ₂	£ per ton
Zink London	36—37 ¹ / ₂	36—38	36 ¹ / ₂ —38 ¹ / ₂	37—38 ¹ / ₂	36 ¹ / ₂ —38 ¹ / ₂	£ per ton
Blei London	25 ¹ / ₂ —28	25 ¹ / ₂ —28	25 ¹ / ₂ —28	27—28	26 ⁹ / ₁₆ —27 ¹ / ₂	£ per ton
Weissblech London	33/3	33/3	33/3	33/10 ¹ / ₂	33/10 ¹ / ₂	sh/d per ton
Silber London	47 ³ / ₄	47 ³ / ₄	47 ³ / ₄	47 ³ / ₄	49 ³ / ₄	d per Unze
Baumwolle loco New York	26,25	27,00	28,70	27,65	28,30	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	17,30	15,95	—	16,62	16,80	d per Pfd.
Schmalz Chicago	25,62 ¹ / ₂	26,62 ¹ / ₂	27,55	27,90	28,30	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	17,25	17,25	17,25	17,25	17,25	cts. per Gallone
Kaffee New York Rio Nr. 7	15 ¹ / ₂	15 ³ / ₄	16 ¹ / ₄	16 ¹ / ₄	16 ¹ / ₈	cts. per Pfd.

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor.)

Mittwoch, 9. April	G.-V.: Deutsche Grundcreditbank Gotha, Westdeutsche Jutespinnerei und Weberei, Varziner Papierfabrik, Porzellanfabrik Schönwald, Allgemeine Lokal- und Strassenbahn-Gesellschaft, Reichelt Metallschrauben-Akt.-Ges.
Donnerstag, 10. April	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: Barmer Bankverein, Löbauer Bank, Kammgarnspinnerei Leipzig, C. D. Magirus Akt.-Ges., Porzellanfabrik Kahla, Kaliwerke Steinförde, Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft, Bergedorfer Eisenwerk, Stralauer Glasbütte.
Freitag, 11. April	G.-V.: Königsborn Akt.-Ges. für Bergbau und Salinenbetrieb, Württembergische Hypothekenbank, Fritz Andree & Co. Akt.-Ges., Schlesische Dampfer-Compagnie, Saganer Wollspinnerei.
Sonnabend, 12. April	Bankausweis New York. — <i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Mitteldeutsche Creditbank, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Rheinische Hypothekenbank, Bank für Handel und Gewerbe Bremen, Boxsigwalder Terrain-Gesellschaft, Hotel Disch, Bremer Linoleumwerke Delmenhorst, Harburger Eisen- und Bronzwerke Akt.-Ges., Köln-Neuessener Bergwerks-Verein, Bayerische Celluloid-Fabrik Alb. Wacker.
Montag, 14. April	G.-V.: Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabriken, Portland-Cementwerke Höxter-Godelheim, C. Heckmann Akt.-Ges., Concordia Spinnerei und Weberei, Teutonia Misburger Portland-Cementfabrik.
Dienstag, 15. April	G.-V.: Frankfurter Bank, Rheinische Creditbank, Buderus Eisenwerke, Maschinenfabrik Blumwe, Ver. Pinsel-fabriken Nürnberg, Akt.-Ges. für Ver-kehrswesen, Akt.-Ges. Georg Egestorff Salzwerke und Chemische Fabriken, Nähfadefabrik vorm. Julius Schürer. — Schluss der Einreichungsfrist Aktien Deutsche Linoleumwerke Rixdorf, Einreichungsfrist Delmenhorster Linoleumwerke.
Mittwoch, 16. April	G.-V.: Oldenburgische Spar- und Leihbank, Anhalt-Dessauische Landesbank, Orenstein & Koppel-Arthur Koppel Akt.-Ges., Seidel & Naumann Akt.-Ges., Akt.-Ges. für Verzinkerei vorm. Hilgers, Gustav Genschow & Co. Akt.-Ges. Berlin, F. Thörls Ver. Harburger Oelfabriken, Deutsche Asphalt-Akt.-Ges., Limmer & Vowohler Grubenfelder, Lingner-Werke Akt.-Ges., C. Müller Gummi-warenfabrik.
Donnerstag, 17. April	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: A. Busse & Co.
Freitag, 18. April	Karfreitag.

Sonnabend, 19. April	Bankausweis New York. — <i>Reichsbankausweis.</i>
Montag, 21. April	Osterfest.
Dienstag, 22. April	G.V.: Chemische Fabrik von Heyden.

Ausserdem zu achten auf:
Bankabschlüsse.
Verlosungen:
10. April: Antwerpen 2%, 100 Fr. (1887, 1903), Gent 2% 100 Fr. (1896), 3% Paris 400 Fr. (1871). 11. April: 3% Credit foncier 500 Fr. (1903). 15. April: 3% Egypt. Credit foncier 250 Fr. (1886, 1903, 1911), Brüssel 2 1/2% 100 Fr. (1902), Freiburg 15 Fr. (1902). 20. April: Congo 5% 100 Fr. (1888), Lüttich 2% 100 Fr. (1897), Paris 3% 400 Fr. (1871, 1910). 22. April: Paris 2 1/2% 400 Fr. (1892), 3% Credit foncier 500 Fr. (1906).

3 1/2% im Durchschnitt etwa mit 3% verzinst werden. Zwar steht dieser Zinsfussherabsetzung noch eine alte Verfügung des Ministeriums des Innern entgegen, dass unterschiedliche Zinsen für Einlagen von den Sparkassen nicht vergütet werden dürfen, aber die Sparkassenverbände sind schon an der Arbeit, um hier eine behördliche Billigung ihrer Pläne zu erreichen. In der Tat entspricht die alte verwaltungsmässige Grundlage auch keineswegs mehr der neuen Entwicklung, die das Sparkassenwesen in den letzten Jahren genommen hat. Wir haben es eben heute nicht mehr mit Instituten zu tun, die sich fromm und brav auf den ursprünglichen, nicht sehr weitgezogenen Aufgabenkreis der Kassen beschränken. Sondern Unternehmungslust, Freude am Konkurrenzkampf mit der Bankwelt und der Wunsch nach Erhöhung der Rentabilität haben die Sparkassen eine nach der anderen dazu verlockt, in das Revier der Kreditbanken einzudringen. Die Zahl der grossen Depositeneinlagen in Beträgen von 50 000 bis 100 000 M bei den Kassen ist an manchen Orten recht ansehnlich. Verrechnungsverkehr, Gehälterüberweisungen, Scheckverkehr sollten auch den Kreisen die Sparkasse nutzbar machen, die nicht nur als Sparer in Betracht kommen, sondern auch bereits gewohnt sind, ihre Rechnungen, Zahlungseingänge usw. auf dem bequemen Wege der Ueberweisung zu erledigen. Es ist eigentlich sonderbar und nur mit der Grossmannssucht und spießbürgerlichen Eitelkeit vieler kleinerer Geschäftsleute und Mittelstandsexistenzen zu erklären, dass nicht grössere Massen von den Banken zu den Sparkassen übergegangen sind, die ihnen, soweit es sich eben nur um die Eröffnung und Führung eines Girokontos handelte, die gleichen Vorteile bei höherer Verzinsung boten. Aber das „Bankkonto“ bei der Deutschen Bank oder einem grossen Provinzinstitut nimmt sich doch so viel besser auf den Briefbogen aus und wirkt auf zahlreiche Leute viel vertrauenserweckender als das allzu stark an das kleinbürgerliche erinnernde „Sparkassenguthaben“. Derartige psychologische Momente spielen eben eine recht grosse Rolle. Jetzt aber sehen auch die Sparkassen ein, dass sie auf die reinen Scheckkonten, die die Banken heute nur noch minimal verzinsen, nicht mehr gut 3 1/2% zahlen können, da auch bei ihnen, ebenso wie bei den Banken, sich der

*) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

lohnenden Anlage kurzfristig überlassener Mittel immer grössere Schwierigkeiten entgegenstellen. Eine Herabsetzung des Zinsfusses für eigentliche Spargelder aber wäre gerade jetzt, wo die Kapitalertragssteuer ohnedies den Sparern mit einer Kürzung ihrer Rente droht, ein taktisch völlig verfehltes Verfahren, das das Sparerpublikum eher verärgern und den Kassen ihre bis jetzt stark gestiegene Popularität mindern könnte. Es ist auf der anderen Seite aber zu erwarten, dass, wenn schon einmal diese neue Steuer wieder stärker die Aufmerksamkeit gerade der kleineren Kapitalisten und Geschäftleute auf die Zinseinnahmen aus ihren Spar- und flüssigen Geschäftsgeldern hinlenkt, dann doch vielleicht in manchen Kreisen der Uebergang von der Bank zur Sparkasse vollzogen werden wird, die noch immer beträchtlich höhere Zinsen als jene vergütet. Diese mögliche Folge der Einführung der Kapitalertragssteuer ist jedenfalls volkswirtschaftlich ungefährlich, ganz im Gegensatz zu einer anderen in Aussicht stehenden (nur dieses soll hier herausgegriffen werden, weil die Steuer in zusammenhängender Darstellung von dem Herausgeber des Blattes an anderer

Stelle kritisiert werden wird). Es ist nämlich zu erwarten, dass die kleineren Rentner und Rentnerinnen, die eine 10%ige Kürzung ihrer ohnehin heute schon stark im Realwert gesunkenen Bezüge nicht verschmerzen und nicht durch ein nebenhergehendes erhöhtes Arbeitseinkommen einen Ausgleich schaffen können, ihre festverzinslichen guten Werte umtauschen werden. Dass sie also, um ein höheres Rendement zu erhalten, sich dafür Dividendenwerte anschaffen werden, die ihnen jedenfalls nicht die gleiche Sicherheit bieten und bei deren Kauf ihnen nicht immer unelgenützige geschäftliche Beratung zur Seite steht. Wenn sich auch also aus zwingenden Valutagründen nicht die wenig erhebenden Bilder aus den Zeiten vor dem Kriege wiederholen werden, in denen Arztwitwen, Pastoren und Fünfgroschen-Rentiers an Merntenschen Kolonialwerten statt 25%ige Dividenden einzustechen, ihr bisschen Geld verloren oder es in Buenos Aires und Mexikanern „anlegen“, so gibt es doch genug inländische Papiere, an denen man recht schnell Geld verlieren kann. Ob das Reichsfinanzamt das wohl bedacht hat?

Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Vorläufer. Sonderheft des Neuen Merkur. Herausgeber: E. Frisch und W. Hausenstein. Verlag „Der Neue Merkur“, München. Preis *M* 3.—.

Rechenschaft. Von Efraim Frisch. — Die Vertreibung der Gespenster. Von Alfred Döblin. — Russisches Gastmahl. Gedicht von Arnold Ulitz. — Der Bund. Zur Verlassungsfrage. Von Albrecht Mendelssohn Bartholdy. — Die russische rote Armee. Von Alfons Paquet. — Die Qual. Erzählung von Otto Flake. — Gedichte aus dem Nachlass. Von Christian Morgenstern. — Pranger und Gericht. Von Arthur Holtscher. — Das österreichische Habsburg. Von Erich von Kahler. — Kunst und Revolution. Von Wilhelm Hausenstein. — Menschen. — Ereignisse. — Stimmen: Peter Altenberg. — Stufen. — Memento. — Not und Notwendigkeit unserer auswärtigen Politik. — Der Kunstbesitz der deutschen Fürstenhäuser.

Wie wohnt der Berliner im Eigenhause billiger als in einer Mietwohnung? Ein Buch zum Lust- und Planmachen. Von Kgl. Bauinspektor F. Flur. Heimkulturverlag G. m. b. H., Wiesbaden. Preis *M* 3.80, geb. *M* 5.80.

Wohne dich gesund. — Im eigenen Hause auf eigener Scholle. — Die Rentabilität des Eigenhauses. — Was muss man vom Hausplan und Bauen schon vorher wissen? — Die Beheizung des Eigenhauses. — Was gehört zu den Gesamtkosten eines Hauses bis zur schlüsselfertigen Uebergabe desselben? — Gesundes Wohnen? — Wie beschafft man sich Bankkapital und die Hypotheken (mit Adressennachweis)? — Durch Zinsen statt Miete zum schuldenfreien Hausbesitz. — Wie sollen wir unseren Hausgarten anlegen und richtig bepflanzen? 225 Abbildungen (Hausbeispiele) im Text. Geschäftsempfehlungen (Luttheizung usw.).

Das deutsche Genossenschaftswesen. Von Dr. Robert Deumer. Erster Teil. Sammlung Göschel. Preis *M* 1.80.

Die Geschichte der Organisation des deutschen Genossenschaftswesens. — Die Entstehungsgeschichte der

genossenschaftlichen Organisation. — Die weitere Entwicklung des Genossenschaftswesens bis zur Neuzeit.

Das deutsche Genossenschaftswesen. Von Dr. Robert Deumer. Zweiter Teil. Sammlung Göschel. Preis *M* 1.80.

Die Organisation der Einzelgenossenschaft. — Die genossenschaftlichen Organisationen höherer Ordnung. — Die Zentralgenossenschaften und Verbände. — Die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften.

Kaufmännische Rechtskunde. Wechsel- und Scheckwesen. Von Dr. jur. Rudolf Mothes und Adolf Backs. Sammlung Göschel. Preis *M* 1.80.

Einleitung. — Begriff des Wechsels. — Die Wechselfähigkeit. — Der gezogene Wechsel. — Die Begebung. — Die wechselmässigen Ansprüche, ihre Geltendmachung und Erfüllung. — Wechselinterventionen, Mitunterzeichnung, Wechselbürgschaft. — Duplikate und Kopien. — Der Protest. — Ort und Zeit für die Forderung der wechselrechtlichen Leistungen. — Abhanden gekommene Wechsel. — Wechsel fälschungen und andere unerlaubte Handlungen. — Der eigene oder der trockene Wechsel. — Fremdländische Wechsel. — Die Wechselstempelsteuer. — Der Scheck. — Wechsel und Scheck im Handelsverkehr.

Kolonialpolitik. Mein politisches Vermächtnis. Von W. H. Solf. Reimar Hobbing Verlag, Berlin. Preis *M* 2.40.

Weltwirtschaft und Kolonialpolitik. — Kolonisieren ist Missionieren. — Kolonialpolitische Auseinandersetzungen. — Zukunftsforderungen. — Schlusswort.

Heft 3 der Zeitgemässen Steuerfragen. Auflösung und Umwandlung von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. aus Steuergründen. Von Dr. Max Lion. Verlag von Franz Vahlen. Berlin 1919. Preis *M* 1.20.

Das Steuerprogramm der Reichsregierung. Vortrag gehalten am 3. Februar 1919 auf einer vom Bayer. Industriellen-Verband, Zentralverband des deutschen Grosshandels, Gr. Bayern, Hansa-Bund, Landesvorstand

Südbayern, Kaufmännischen Verein München von 1873 und Münchener Handelsverein veranstalteten Versammlung von Dr. Otto Kahn, Rechtsanwalt in München. München, Berlin und Leipzig 1919. I. Schwitzer Verlag. Preis *M* 0.80.

Der politische Zusammenbruch und die Anschlussfrage. Von Dr. Alexander Freiherr von Spitzmüller, Minister a. D., Wien. Manz'sche Buchhandlung 1919. Preis Kr. 2,20.

Freie Wirtschaft. Von Leopold von Wiese. Der Neue Geist Verlag. Leipzig. Preis *M* 2.50.

Revolution. — Kriegswirtschaft. — Rathenaus „Neue Wirtschaft“. — Freie soziale Wirtschaft. — Ethos.

Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen. Emil Lederer, Heidelberg. Der neue Geist Verlag, Leipzig. Preis *M* 1.20.

Die „offene Tür“. Vortrag von John A. Hobson, London, auf dem internationalen Kongress zum Studium der Grundlagen für einen dauernden Frieden. Im Haag 1916. Uebersetzt von Dr. W. Borgius. Berlin 1919. Liebheit & Thiesen, Niederwallstr. 15.

Der Völkerbund. Seine Kultur- und Wirtschaftsaufgaben. Von Dr. Walter Borgius. Verlag Neues Vaterland. E. Berger & Co., Berlin W. Preis *M* 1.—.

Deutschlands Erneuerung. Monatsschrift für das deutsche Volk. Heft 3. J. F. Lehmanns Verlag, München. Einzelheft *M* 1.80. Vierteljährlich *M* 5.—.

Das ewige Bild. — Die Zukunft des Vaterlandes. — Die Siedlungsfrage. — Der Achtstundentag. — Slawentum und Judentum. — Schulakademien. — Pflügt deutsche Kunst. — Die Sands und Kotzebues. — Politische Betrachtungen. — Das Ende der deutschen Herrschaft in Warschau. — Büchelschau.

Deutschlands Zukunft. Von Theodor Heuss. Stuttgart. J. Engelhorns Nachf. Vortrag vor einer allgemeinen Wählerversammlung der Deutschen demokratischen Partei am 17. Januar 1919 im Dinkelacker'schen Saalbau zu Stuttgart, erweitert durch einige Zusätze aus einem Vortrag vom 10. Januar 1919.

Das politische Werbewesen im Kriege. Selbstverlag: Arbeitsbund für Werbelehre. Von E. E. Herm. Schmidt. Preis *M* 1.—.

Mitteilungen des Deutschen Werkbundes. Nr. 4. Preis *M* 1.—.

Reichsregierung und Werkbund-Grundsätze. — Zeitwende. — Arbeitsrat für Kunst in Berlin. — Rat der bildenden Künstler in München. — Eine versäumte Gelegenheit. — Werkbund-Ausstellung in Stockholm. — Ausstellung im Kunstausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof in Berlin. — Werkbund-Jahrbuch 1919: „Handwerkliche Kunst“. — Die freie Gruppe für Farbkunst. — Archiv der Geschäftsstelle. — Neue Werkbund-Veröffentlichungen. — Ermässigtter Bezug von Ostwalds Farbenatlas.

Dringliche Wirtschaftsfragen. Gemeinwirtschaftliche Gegensätze. Von Dr. Joachim Tiburtius. Leipzig. Verlag von Veit & Co. Preis *M* 1.60.

Arbeitgeber-Fragen und -Gedanken zum Sozialisierungsgesetz. Von ***. Verlag „Tischlergewerk“, Essen. Preis *M* 0.50.

Der Bolschewismus und seine Ueberwindung. Von Dr. E. Stadler. Heft 1 der Revolutionären Streitfragen. Herausgegeben vom Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus. Berlin W 35. Preis *M* 1.—.

Massenelend. Russische Erfahrungen und deutsche Besorgnisse. Von Dr. jur. Paul Schiemann. Heft 2 der Revolutionären Streitfragen. Herausgegeben vom Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus. Berlin W 35. Preis *M* 1.—.

Compass. Finanzielles Jahrbuch. Gegründet von Gustav Leonhardt, Generalsekretär der Oesterreichisch-Ungarischen Bank. 1919. Herausgegeben von Rudolf Hanel. Compassverlag Wien. Gebunden für ein Jahr Kr. 35.—. Jedes Heft einzeln (erscheint zweimal in der Woche) 50 Heller.

Der Kaiser. Eine Betrachtung. Von Walter Rathenau. S. Fischer Verlag, Berlin. Preis *M* 1.—.

Die deutsche Teppichfabrikation. Ihre geschichtliche Entwicklung. — Ihre Lage vor dem Kriege. Von Alfred Häberle, Doktor der Staatswissenschaft. Mit einer Karte. Stuttgart und Berlin 1919. J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. Preis *M* 5.50.

Begriff und Technik. — Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Teppichfabrikation. — Die deutsche Teppichfabrikation vor dem Kriege. — Rück- und Ausblick. — Anhang.

Wollzölle und Wollindustrie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Emmerich Wellisch, Doktor der Staatswirtschaft. Stuttgart und Berlin 1919. J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. Preis *M* 4.—.

Die Geschichte des Zolls auf Wolle und Wollfabrikate. — Die Schedules K des Payne-Alderich-Tarifs von 1909 in ihrer zoll- und wolltechnischen Bedeutung. — Die ökonomische Lage der amerikanischen Wollproduktion und -Fabrikation. — Der Underwoodtarif von 1913 und seine erwartbaren Wirkungen. — Quellen und Literatur.

Die Nationalisierung der Kriegsmilliarden. Eine Behandlung des von den Rechts- und Staatswissenschaften gestellten Themas: Wahres und Falsches an der zurzeit vielgebrauchten Redewendung „Das Geld bleibt im Lande“. Von Heinrich Dietzel. Tübingen 1919. I. C. B. Mohr. Preis 2.— *M*.

Die Theorie von der „guten Folge der bösen Absicht“. — Kritik des Kreislauf-Arguments. — Kritik der speziellen Argumente für die Sperre als Wohltat: Deutschland kauft nicht im Ausland — Deutschland borgt nicht beim Ausland — Deutschland ist zur Sparsamkeit betreffs entbehrlicher Fremdwaren gezwungen — Deutschland hat im Zeichen der Not mancherlei gelernt.

Lehrbuch der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Bearbeitet von L. Pohle und G. Cassel. Zweite Abteilung: Theoretische Sozialökonomie von Gustav Cassel. Leipzig 1919. C. F. Wintersche Verlagshandlung. Preis *M* 28.—.

Allgemeiner Ueberblick über die Volkswirtschaft. — Die Wirtschaft im allgemeinen. — Wesen der Wirtschaft. — Die Produktion. — Die Tauschwirtschaft. — Das wirtschaftliche Prinzip der Tauschwirtschaft. — Der Mechanismus der Preisbildung. — Die Preisbildung der Produktionsfaktoren. — Der Kapitalzins. — Die Bodenrente und die Preise der Naturmaterialien. — Der Arbeitslohn. — Das Geld. — Analyse des Geldwesens an der Hand seiner Entwicklungsgeschichte. — Die Bankzahlungsmittel. — Der Geldwert. — Die internationalen Zahlungen. — Theorie der Konjunkturbewegungen. — Einfluss der Konjunkturen auf die Produktion. — Einfluss der Konjunkturen auf die Arbeit. — Einfluss der Konjunkturen auf die dauerhaften materiellen Produktionsmittel. — Einfluss der Konjunkturen auf die Preise. — Einkommen und Kapitalbildung. — Einfluss der Konjunkturen auf den Kapitalmarkt. — Die bestimmten Faktoren der Konjunkturbewegung. — Tabellen. — Anhang.

Kanada, das Land des 20. Jahrhunderts. Ein politischer und wirtschaftlicher Ausblick. Unter Zuhilfenahme statistischen Materials aus einer kurz vor Kriegsausbruch von der kanadischen Regierung veröffentlichten Schrift von Egon Berg. Dresden und Leipzig 1919. „Globus“ Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis *M* 1.—.

Englands weltwirtschaftliche Hegemonie. Von Michael Szendrei, Prof. an der Exportakademie zu Fiume. Dresden und Leipzig 1918. „Globus“ Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis *M* 2.50.

Vorwort. — Darwinismus in der Produktion. — Selektionsvorgang in der englischen Volkswirtschaft. — Die Faktoren der Anpassungsfähigkeit der englischen Volkswirtschaft. — Englands wirtschaftliche Monopole. — Wirtschaftliche Beziehungen der englischen Kolonien zum Mutterlande. — Rück- und Ausblick. — Literaturnachweis.

Die deutsche Diamantenpolitik. Von Dr. Wilhelm Frhr. von Humboldt-Dachroeden. Mit 2 graphischen Darstellungen. Jena. Verlag von Gustav Fischer. Preis *M* 6.—.

Grundlagen der deutschen Diamantenpolitik. — Allgemeine Voraussetzungen. — Die Diamanten. — Die Abbauverhältnisse. — Die Absatzverhältnisse. — Allgemeine Fragen, die sich aus den Vorbedingungen ergeben. — Die ausführende Politik. — Der chronologische Verlauf der Politik. — Organisation der Produktion. — Regelung des Absatzes. — Einnahmen des Fiskus (Besteuerung).

Türkische Baumwollwirtschaft. Eine kolonialwirtschaftliche und -politische Untersuchung. Von Dr. W. E. Bruck, a.o. Prof. an der Universität Giessen. Jena. Verlag von Gustav Fischer. Preis *M* 7.—.

Das Baumwollproblem im Rahmen der deutsch-türkischen Wirtschaftspolitik. — Der Bedarf der Türkei an textilen Erzeugnissen, insbesondere Baumwolle. — Allgemeine Grundlagen türkischer Landwirtschaft. — Der Anbau von Baumwolle in der Türkei.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

In Verbindung mit Werner Sombart, Max Weber und Joseph Schumpeter herausgegeben von Edgar Jaffe, Schriftleitung Emil Lederer, Heidelberg. 44. Band. 8. Heft. Tübingen 1918. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Preis für den Band im Abonnement ungefähr *M* 30.—, bei Einzelbezug der Hefte ungefähr *M* 36.—.

Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Das antike Judentum. (Fortsetzung.) Von Max Weber. — Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige. Glossen und Beiträge zur Geldtheorie von heute. Von Joseph Schumpeter. — Urgemeinde und Urfeudalität. Eine soziologische Betrachtung. Von Prof. Rudolf Leonhard, München. — Militärischer Arbeitsnachweis. Von Dr. Bruno Rauecker, München. — Aufgabe, Methode und Leistungsfähigkeit der Kriegswirtschaftslehre. Von Dr. Otto Neurath, Wien. — Die wissenschaftliche Behandlung der Kriegswirtschaft. Von Prof. Franz Eulenburg, Aachen.

Das besetzte französische Gebiet. Seine Bedeutung für Frankreich und Weltwirtschaft, für deutsche und europäische Wirtschaftspolitik. Mit Ausblicken auf Frankreichs gegenwärtige Wirtschaftslage. Von Prof. Dr. Adolf Günther, Berlin. Mit einem Geleitwort von Freiherrn von Freytag-Loringhoven, General der Infanterie und Chef des Stellvertretenden Generalstabes der Armee. München und Leipzig 1918. Verlag von Duncker & Humblot. Preis *M* 7,50.

Geleitwort. — Vorbemerkung des Verfassers. — Kartenskizze. — Das Land und seine Bewohner; Frankreichs bevölkerungspolitische Lage. — Berufliche und soziale Gliederung. — Arbeiterverhältnisse und Sozialpolitik. — Die Landwirtschaft und die französische Ernährungsfrage. — Bodenschätze; Briey-Longwy. — Die Industrie und die französische Handelsbilanz. — Weltwirtschaftliche Beziehungen, Abhängigkeit von England und Amerika. — Die nordfranzösischen Häfen in Frieden und Krieg. — Nordfrankreich und Belgien. — Deutsche und Mitteleuropäische Wirtschaftspolitik im besetzten Gebiet. — Standortverlegungen in und nach dem Kriege. — Die Verkehrslage. — Privatwirtschaftsfragen. — Der Geländegewinn seit Frühjahr 1918. — Frankreichs Finanzkrise und der Wert des besetzten Gebietes. — Das künftige wirtschaftliche Schicksal des besetzten Gebietes. — Angaben über die wichtigste französische Literatur. — Sachregister.

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft.

In Verbindung mit Prof. Dr. G. Cohn, Göttingen, Prof. Dr. v. Martitz, Berlin, Prof. Dr. G. v. Mayer, München, Prof. Dr. A. Voigt, Frankfurt a. M., Dr. Freiherr von Wicks, Wien, herausgegeben von Dr. Karl Bücher, o. Professor an der Universität Leipzig. 73. Jahrgang. Tübingen 1917. Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung. Preis des Einzelheftes 5.— *M*.

Heft 1/2. Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser. Von Louis Leopold. — Kapital und Kapitalismus (Fortsetzung). Von Robert Liefmann. — Die Beschäftigung der städtischen Erwerbsbeschränkten. Von A. Zurhorst. — Bulgariens Produktionsverhältnisse. Von Weiss-Bartenstein. — Die tatsächliche Grösse der Kriegslieferungen der Vereinigten Staaten. Von E. Schultze. — Zur Arbeitstarifgesetzfrage. Von Willi Berthold. — Die wirtschaftliche Bedeutung des südrussischen Steinkohlenbergbaues. Von Bruno Simmersbach. — Vom Arbeitsmarkt der Tagespresse. Von Karl Bücher.

Heft 3. Eine Schicksalsstunde der akademischen Nationalökonomie. Von Karl Bücher. — Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 20 Jahre. Von J. St. Lewinski. — Die Reform der Nationalökonomie vom Standpunkte der „Kulturwissenschaften“. Eine Antikritik. Von R. Wilbrandt. — Die Einheit des Wahlverfahrens bei Mehr- und Einerwahl. Von A. Tecklenburg. — Das Sozialmuseum in Paris. Von L. Katscher. — Englische Schiffsbemannungsnot. Von E. Schultze. — Die tatsächliche Grösse der Kriegslieferungen der Vereinigten Staaten. Von E. Schultze. — Landwirtschaftliche Genossenschaften in Südastralien.

Heft 4. Die wirtschaftliche Reklame. Von Karl Bücher. — Das Begriffsgebäude der Wirtschaftslehre und seine Grundlagen. Von Otto Neurath. — Volkswohnungen und Montessorischulen. Von Leopold Katscher. — Wirtschaftliches aus Aden. Von Bruno Simmersbach.

Einfache Buchführung: Offene Handelsgesellschaft und Einzelhandlung. — Der stille Teilhaber. — Doppelte Buchführung: Allgemeines. — Einzelhandlung. — Offene Handelsgesellschaft. — Aktiengesellschaft. — Gesellschaft mit beschränkter Haftung. — Kommanditgesellschaft. — Reservefondsbildung: Allgemeines. — Stille Reserve. — Unterbewertung von Aktiven. — Ueberbewertung von Passiven. — Die Abschreibungen. Allgemeines. — Abschreibung prozentual vom Anfangswert. — Abschreibung prozentual vom Restwert. — Abschreibung durch Einsatz der Wertverminderung auf der Passivseite der Bilanz. — Gesetzesvorschriften. — Oberverwaltungsgerichtsentscheidungen.

Russische Kriegsgefangene über ihre Eindrücke in Deutschland. Herausgegeben von der Schriftleitung des „Russischen Boten“. Verlag von M. W. Meyer, Berlin. Preis *M* 0,75.

An die deutsche barmherzige Schwester. — Als Sieger und als Besiegter. — Das Leben löst so manche Frage. — Unsere Feinde. — Sie und wir. — Genug der Lüge. — Sind das Barbaren. — Was tut man für uns. — In deutscher Gefangenschaft. — In deutscher und in russischer Gefangenschaft. — Leben und leben lassen. — Das ist eine Schande. — Nehmt Euch ein Beispiel. — Besinnen wir uns. — „Siebzehn und vier“. — Der Spielteufel. — Zeitung und Kartenspiel. — An die Kameraden. — Wie wir das Weihnachtsfest zubrachten. — Auf Arbeit. — Wir und unsere Arbeit. — Das Leben des Arbeitskommandos. — Eine neue Welt. — Wie die feindlichen Ausländer in Deutschland leben. — Sind wir auch dessen wert. — So leben wir daheim. — Einige Fragen. — Warum die russischen Bauern ihren Söhnen keine Bildung geben. — Schwarze Schafe. — Ueber die russischen Bauern. — Die liebe Trunksucht. — Laute Gedanken. — Die Geistlichkeit. — „Mehr Raum der Wahrheit“. — Heldentaten der russischen Regierung. — Der äussere und der innere Feind. — Ueber die Schuld der Nationalisten am Kriege. — Nüchterne Worte. — Englands Militarismus. — Wo sind unsere Feinde zu suchen. — Liebe Kameraden.

Dieser Nummer liegt eine Beilage „Freie Wirtschaft“, Zeitschrift für die freie Entfaltung des deutschen Erwerbslebens, Herausgeber: Karl Borchardt bei, auf welche wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Anzeigen des Plutus.

Geschäfts-Bericht.

Das Berichtsjahr 1918 ergibt einen Bruttogewinn von M. 13 988 696,64 gegen M. 12 548 092,02 im Vorjahre. Nach Abzug von Verwaltungskosten, Steuern usw. in Höhe von M. 6 963 099,75 verbleibt ein Reingewinn von M. 7 025 596,89 gegen M. 7 773 774.— in 1917.

Bis in das vierte Quartal des Berichtsjahres hinein war das Geschäft ein recht befriedigendes und der Umsatz gegenüber dem Vorjahre stark erhöht. Den gesteigerten Erträgen jedoch stand die Erhöhung der Verwaltungskosten gegenüber, die namentlich in den durch die allgemeine Teuerung notwendig gewordenen Gehaltsaufbesserungen und Zuwendungen an das Personal ihre Ursache hat.

Der unglückliche Ausgang des Krieges und die Folgen der Revolution haben sowohl in der inneren Volkswirtschaft wie für die Entwicklung unserer ausländischen Wirtschaftsbeziehungen eine völlig undurchsichtige Lage geschaffen. Wir haben geglaubt, diesem Umstande bei der Aufstellung der Bilanz besonders Rechnung tragen zu müssen und bringen für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 5% zur Ausschüttung.

Das Wechsel- und Zinsen-Konto erbrachte M. 9 341 231,59 gegen M. 8 479 113,91 im Vorjahre, das Provisions-Konto M. 4 210 627,32 gegen M. 3 789 084,60 im Vorjahre.

Der Zustrom der fremden Gelder hat auch im abgelaufenen Jahre angehalten, doch haben wir uns gegen Ende des Jahres namentlich infolge der politischen Verhältnisse bei langfristigen Anlagen Zurückhaltung aufgelegt.

Unsere Wechselstuben haben im Berichtsjahre erfreulich gearbeitet. Unsere Zweigniederlassung in Brüssel haben wir infolge der militärischen Räumung Belgiens nach Berlin überführt, nachdem wir alle Verpflichtungen gegenüber unserer belgischen Klientele abgedeckt hatten.

Das Konto unserer dauernden Beteiligungen hat sich durch unsere Einlage bei der von uns im Berichtsjahr kommanditierten Bankfirma Schwarz, Goldschmidt & Co. erhöht, deren bisheriger Mitinhaber, Herr Jakob Goldschmidt, in unseren Vorstand eingetreten ist.

Im Emissionsgeschäft beteiligten wir uns während des Berichtsjahres an folgenden Geschäften:

- M. 4 000 000,— neue Aktien der Alkaliwerke Ronnenberg A.-G. (Umtausch von Thiederhall-Aktien),
- „ 2 940 000,— neue Aktien der Allgemeinen Deutschen Kleinbahn-Gesellschaft, Akt.-Ges.,
- „ 1 200 000,— neue Aktien der Anhaltischen Kohlenwerke,
- „ 12 000 000,— Aktien der Bayerischen Motorenwerke A.-G. (inzwischen abgewickelt),
- „ 1 988 000,— neue Aktien der Konsolidierten Alkaliwerke Westeregeln (Umtausch gegen Rofleben Kuxe),
- „ 10 000 000,— Aktien der Deutschen Schiffspfandbriefbank Aktiengesellschaft,
- „ 250 000,— neue Aktien der F. Dippe, Maschinenfabrik A.-G.,
- „ 10 250 000,— neue Aktien der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft,
- „ 2 000 000,— neue Aktien der Ludwig Ganz A.-G.,
- „ 3 000 000,— neues Kommanditkapital der Komm.-Ges. Theodor Althoff, Münster i. W.,
- „ 2 250 000,— neue Aktien der C. Lorenz Aktiengesellschaft,
- „ 800 000,— neue Aktien der Maschinen- und Fahrzeugfabriken Alfeld-Delligsen A.-G.,
- „ 700 000,— neue Aktien der Waggonfabrik Aktiengesellschaft, Rastatt.

Die Umsätze auf den einzelnen Konten haben sich wie folgt gestaltet:

Kassa-Konto	
Bestand am 1. Januar (einschl. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken)	M. 51 561 842,17
Eingang	„ 8 425 571 254,38
	M. 8 477 133 096,55
Ausgang	„ 8 430 144 521,39

Bestand am 31. Dez. (einschl. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken) 6 988 575,16

Wechsel-Konto	
Bestand am 1. Januar	M. 158 251 530,52
Eingang	„ 2 516 863 345,74
	M. 2 675 114 876,26
Ausgang	„ 2 437 986 650,99
Bestand am 31. Dezember	M. 237 128 225,27

Sorten- und Coupons-Konto	
Bestand am 1. Januar	M. 2 237 955,10
Eingang	„ 138 277 670,83
	M. 140 515 625,93
Ausgang	„ 137 442 450,91
Bestand am 31. Dezember	M. 3 073 175,02

Akzepten-Konto	
Im Umlauf am 1. Januar	M. 27 469 140,54
Zugang	„ 217 844 034,59
	M. 245 313 175,13
Abgang	„ 226 678 285,63
Im Umlauf vorblieben am 31. Dezember	M. 18 634 889,50

Konto-Korrent-Konto	
Saldo am 1. Januar Kreditoren	M. 246 466 946,39
Kredit	„ 9 631 817 780,56
	M. 9 878 284 726,95
Debet	„ 9 503 939 299,66
Saldo am 31. Dez. Kreditoren	M. 374 345 427,29
und zwar	
Guthaben bei Banken und Bankiers	M. 17 897 712,39
Vorschüsse auf Waren u. Waren-	
verschiffungen	„ 3 782 600,—
gedeckte Debitoren	„ 150 416 515,77
ungedeckte „	„ 59 682 000,—
	M. 231 778 828,16
Kreditoren	M. 606 124 255,45

Effekten- und Konsortial-Konto	
Bestand am 1. Januar	M. 161 360 842,19
Eingang	„ 1 190 115 820,38
	M. 1 351 476 662,57
Ausgang	„ 1 149 806 995,49
Bestand am 31. Dezember	M. 201 669 667,08

Die Effekten-Bestände umfassen:	
Anleihen u. verzinsliche Schatzanweisungen d. Reichs u. d. Bundesstaaten	M. 9 599 317,25
sonst. bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken belohbare Wertpapiere	„ 442 293,80
sonst. börsengäng. Wertpap.:	
festverzinsliche Werte	M. 1 308 042,85
Aktien von Eisenbahnen u. Banken	„ 1 918 847,70
Aktien v. Industrie-Ges.	„ 8 950 280,55
sonstige Wertpapiere	„ 5 475 415,30
eigene Effekten	M. 27 694 197,45
in Prolongation genommene Effekten und Lombardgelder	„ 152 230 687,50
	M. 179 924 884,95

Auf Konsortial-Konto betragen unsere Einzahlungen:	
Festverzinsliche Werte	M. 6 569 952,25
Eisenbahn-, Schifffahrts- und Bank-Aktien	„ 3 129 928,25
Grundstücksgeschäfte (Berlin und Vororte)	„ 4 318 682,20
diverse Industrie-Unternehmungen	„ 7 726 219,43
	M. 21 744 782,13

Von dem zur Verfügung der Generalversammlung verbleibenden Reingewinn schlagen wir vor, eine Dividende von 5% an unsere Aktionäre zur Ausschüttung zu bringen, so daß sich vorbehaltlich der Zustimmung unserer General-

(Fortsetzung nebenstehend)

versammlung folgende Verteilung des Reingewinns ergibt:

5% Div. auf M. 90 000 000,—	M. 4 500 000,—
Zuweisung zum Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds	" 250 000,—
Rückstellung für Talonsteuer	" 210 000,—
Gewinnanteil des Aufsichtsrats einschl. Steuer	" 219 040,43
Gewinnanteil des Vorstandes (ordentliche und stellvertretende Mitglieder)	" 518 964,94
Vergütungen an Prokuristen und Beamte	" 1 100 000,—
Gewinnvortrag auf neue Rechnung	" 227 591,52
	M. 7 025 596,89

Unseren Angestellten haben wir auch im abgelaufenen Geschäftsjahre neben den üblichen Weihnachts- und Abschluß-Gratifikationen Teuerungszulagen gewährt und die Angehörigen unserer im Felde stehenden Beamten wiederum fortdauernd bedacht.

Für das Vaterland fielen unsere geschätzten Mitarbeiter, die Herren Paul Bauer, Dr. Wilhelm Beyer, Hugo Bogenschneider, Wilhelm Casper, Rudolf Conrad, Fritz Elsberg, Heinrich Heyer, Artur Huth, Paul Krug, Wilhelm Lehmann, Erich Leuschner, Kurt Lüdke, Max Müller, Arthur Pawlitzki, Otto Rappel, Carl Rave, Franz Scheier, Paul

Schiersch, Friedrich Schliephack, Ernst Völker. Ihr Andenken wird von uns stets in hohen Ehren gehalten werden.

Berlin, im April 1919.

Nationalbank für Deutschland.
Der Vorstand.

Wittenberg. Schacht. Goldschmidt.

Dem vorstehenden Bericht, mit dessen Inhalt wir einverstanden sind, haben wir nichts hinzuzufügen. Die Bilanz sowie das Gewinn- und Verlust-Konto sind von einer aus unserer Mitte bestellten Kommission geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern übereinstimmend befunden worden.

Am 4. März d. J. verstarb unser Mitglied, Herr Generaldirektor Dr. Ing. Max Meier in Bismarckhütte, der seit einer Reihe von Jahren unserem Kollegium angehört hat. Der Verstorbene war uns durch seine reichen industriellen und kommerziellen Erfahrungen und durch ausgezeichnete Eigenschaften des Charakters ein besonders wertvoller Mitarbeiter, dessen Andenken bei uns in Ehren bleiben wird.

Berlin, im April 1919.

Der Aufsichtsrat der Nationalbank für Deutschland.

Witting, Vorsitzender.

[22

Die Leipziger Frühjahrs-Mustermesse

zu der Musterlager von Keramik und Glas, Holz-, Metall-, Papier-, Leder-, Gummi-, Korb-, Kurz-, Galanterie-, Spielwaren, Nahrungs- und Ersatzmitteln, Textilwaren, Maschinen und Bedarfsartikeln für Technik und Bauwesen, sowie verwandten Waren aller Gattungen aufgestellt werden, wird abgehalten

vom 27. April bis 3. Mai 1919

Gleichzeitig finden als Unterabteilungen der allg. Mustermesse statt:

Papiermesse im Leipziger Meßpalast R. Fleischauer, Petersstr. 44, u. Stenzlers Hof, Petersstr. 39/41;

Kartonnagemesse im Meßpalast Specks Hof, Reichsstr. 4/6;

Sportartikelmesse im Meßhaus Mey & Edlich, Neumarkt 20/22;

Schuh- und Ledermesse in den Turnhallen Leplay- und Turnerstr.;

Nahrungsmittelmesse im Zeißigshaus, Neumarkt 18, und Goldener Hirsch, Petersstr. 37;

Textilmesse im Meßhaus Freyberg, Petersstr. 14/16, in Mädlers Kauf-

haus, Petersstr. 8 und im Meßhaus Strumpf-Eulitz, Grimm. Str. 30;

Verpackungsmittelmesse im Meßhaus Leipziger Hof, Reichsstraße 12;

Technische Messe und Maklerstelle im Meßhaus Grönländer, Petersstraße 24, und im Meßhaus Reichskanzler, Petersstr. 20;

Baumesse im Meßhaus Baumesse, Markt 8;

Bürobedarfsmesse im Meßhaus Jägerhof, Hainstr. 17/19;

Reklammesse im Hause Ferd. Sernau, Neumarkt 28.

Meßwohnungen

vermittelt der Wohnungsnachweis des Meßamts in Leipzig.

Anmeldungen von Ausstellern und Einkäufern sowie Anfragen in allen Meßangelegenheiten sind zu richten an das

Meßamt für die Mustermessen in Leipzig

Die Technik des Bankbetriebes

Ein Hand- und Lehrbuch des praktischen Bank- und Börsenwesens von Bruno Buchwald.

Achte, verbesserte Auflage.

Das Buch bildet das einzige Werk über das Bank- und Börsenwesen, das einen eingehenden Ueberblick über die Praxis des Bankgeschäfts gewährt. In acht Kapiteln werden die Arbeiten der verschiedenen Bureaus eingehend besprochen. Dabei wird auch den in das Gebiet des Bankwesens eingreifenden wirtschaftlichen Fragen, sowie namentlich der einschlägigen Gesetzen eine ausführliche Darstellung gewidmet.

Preis gebunden 8 Mark.

Zu beziehen von allen Buchhandlungen und von der

Sortiments-Abteilung des Plutus Verlag.

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Aktiva.		M.	Pf.
Grundbesitz und Anlagen einschl. Baugelder		4,230,209	67
Konto „Gewerkschaft Consolidierte Gleiwitzer Steinkohlen-Grube“: Kuxenbesitz, Darlehn und Kontokorrent		21,500,000	—
Patente und Herstellungsverfahren		1	—
Beteiligungen und Effekten-Besitz		11,446,014	23
Kasse	M. 25,025.67		
Valuten	478.63		
Kurzfristige Reichsschatzanweis.	„ 8,700,000.—	8,725,504	30
Konto-Korrent:			
Debitoren, Bankguthaben und Bauvorschüsse		17,681,917	99
Kautionen	M. 175,909.45		
Bestände		2,774,395	99
	Summa	66,358,043	18

Passiva.		M.	Pf.
Aktienkapital		21,500,000	—
Obligationen		12,227,000	—
Hypotheken		484,000	—
Ausgeloste Obligationen		18,200	—
Gesetzlicher Reservefonds		2,150,000	—
Materialien- usw. Rechnungen		490,899	41
Rückständige Löhne		317,829	31
Arbeiter-Unterstützungs-Fonds		411,538	46
Konto-Korrent:			
Kreditoren, einschl. Anzahlungen		23,214,724	53
Kautionen	M. 175,909.45		
Nicht abgehobene Dividende		87,510	—
Rückstellung für Agio auf unsere Obligationen		89,080	—
Obligations-Zinsen		238,428	30
Reingewinn am 31. Dezember 1918.		5,128,833	17
	Summa	66,358,043	18

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1918.

Soll.		M.	Pf.
Obligations-Zinsen		592,050	—
Zentralverwaltungskosten, einschl. Steuer u. ver- traglicher Tantiemen		1,325,171	41
Abschreibungen u. Sonderabschreibung		1,000,000	—
Abschreibung auf „Konto Gewerkschaft Consoli- dirte Gleiwitzer Steinkohlen-Grube“		1,164,478	04
Kriegsfürsorge		350,092	48
Reingewinn		5,128,833	17
	Summa	9,560,625	10

Haben.		M.	Pf.
Vortrag aus 1917		851,965	80
Brutto-Ueberschuss 1918		8,708,659	30
	Summa	9,560,625	10

Die für das Jahr 1918 auf 17% oder M. 170.— pro Aktie festgesetzte Dividende gelangt vom 28. März ds. J. ab gegen Aushändigung des Dividendenscheines Nr. 29
in Berlin: bei der Kasse der Gesellschaft, Hindersinstr. 9,
bei der Deutschen Bank,
bei der Berliner Handels-Gesellschaft,
in Breslau: bei dem Schlesischen Bankverein, Filiale der
Deutschen Bank,
bei dem Bankhause E. Heimann

zur Auszahlung.
Berlin, 27. März 1919.
Oberschlesische Kokswerke & Chemische Fabriken
Aktien-Gesellschaft.
Der Vorstand
Berckemeyer. Bie. [89]

Wie mache ich mein Testament ohne Rechts- anwalt und ohne Notar? Das Erbrecht.
Geneinverständliche Darstellung des Gesetzes nebst zahlreichen Testamentsentwürfen und -Beispielen.
Verfasser: **Hans Lustig**, kaufmännischer Sachverständiger.
Preis nur Mk. 1.10.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die **Sortiments-Abteilung des Plusus Verlag.**

Norddeutsche Grund-Credit-Bank.

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Aktiva.		M.	Pf.
Kasse und Guthaben bei Bankhäusern		4 945 980	80
Wechsel		7 598	85
Darlehen auf Wertpapiere		117 635	45
Wertpapiere		4 379 476	40
Debitoren (darunt. eine Stadtgem. M. 2 500 000,—)		2 882 969	05
Hypotheken		97 076 114	06
Hypothekenzinsen			
(darunt. rückst. M. 90 833,75 a. 1918)		936 218	12
Grundstücke		834 490	65
Inventar		200	—
Wertpap. d. Pens.- u. Unterstütz.-F. (Pfandbr. der Bank)		158 030	10
		111 338 713	48

Passiva.		M.	Pf.
Aktien-Kapital		7 500 000	—
Reservefonds		892 107	64
Spezial-Reservefonds		395 980	79
Pfandbrief-Agio und Disagio-Vortrag		492 474	12
Zinsen- und Provisions-Vortrag		860 587	59
Pens.- u. Unterstützungsfonds		193 135	95
Kreditoren		630 206	81
Pfandbriefe		97 696 100	—
Fällige und für 1918 anteilige Pfandbrief-Zinsen		1 179 991	22
Rückständige Dividenden		3 528	—
Talonsteuer		229 124	30
Hypotheken		600 000	—
Gewinn- und Verlust-Rechnung		665 477	06
		111 338 713	48

Die Dividende von 6% ist vom 2. April d. J. ab an unseren **Kassen in Weimar und Berlin** sowie an den übrigen bekannten Zahlstellen zahlbar.
Weimar, den 1. April 1919. Die Direktion. [91]

Die auf 10% = M. 100.— für das Geschäftsjahr 1918 festgesetzte **Dividende** und eine Sondervergütung von 5% = M. 50.— gelangt gegen Einreichung des Dividendenscheines für 1918 ausser bei der **Gesellschaftskasse**, bei der **Deutschen Bank, Kuponkasse**, Berlin, Kanonierstr. 29/30, bei der **Nationalbank für Deutschland**, Berlin, Behrenstr. 68/69, und bei dem Bankhause **Schwarz, Goldschmidt & Co.**, Berlin, Unter den Linden 12/13, **sofort** zur Auszahlung.

Berlin, den 31. März 1919.

Vereinigte Märkische Tuchfabriken

Aktiengesellschaft.

Der Vorstand: Albert Müller. Edmund Naylor.

Soeben erschienen:

Georg Bernhard
Uebergangswirtschaft

Preis brosch. M. 5.50, geb. M. 7.15
einschließlich 10% Teuerungszuschlag.

Das erste Buch, das in großen Zusammenhängen nach allen Richtungen die Frage der kommenden Uebergangswirtschaft behandelt.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von der

Sortimentsabteilung des Plusus-Verlages.